

# Christ und Sozialist

Blätter des  
Bundes der Religiösen Sozialisten  
Deutschlands e. V.

1./I. Vierteljahr 1982

## Inhalt

*Jürgen Finner:*

Von Vernunft und Einsicht im Reich Gottes

*Ursula Bories:*

Mit Vierzig zum ersten Mal auf einer Demo – Bonn, 10. Oktober 1981

*Heinz Röhr:*

Wunder

*Detlef Hensche:*

Rationalisierung in Büro und Verwaltung. Gewerkschaftliche Antworten.

## Buchbesprechungen

Stephan Wehowsky: Religiöse Interpretation politischer Erfahrung (M. Hirsch)

F.-W. Marquardt: Der Christ in der Gesellschaft 1919-1979 (U. Dannemann)

## Bundesnachrichten

Bericht über die Tagung »Basisorientierter Sozialismus gestern und heute«  
(S. Katterle)

Treffen der Mitglieder und Freunde des Bundes der Religiösen Sozialisten in  
Hessen am 8. 5. 1982

## Leserbrief

## Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.: Günter Ewald, Jürgen Finner, Siegfried Katterle.

*Redaktion:* Erika Adolphy, Reinhard Gaede, Siegfried Katterle (verantwortlich),  
Jürgen Kornnagel, Klaus Kreppel, Annette Muhr-Nelson, Bruno Schmidt.

*Redaktionsadresse:* Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14,  
Telefon 0521/45870.

Versand: Jürgen Finner, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/100937.  
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.

Zahlungen an Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V., Postscheckkonto Dortmund 1 893 89-464.

Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0344-435 X

# ALS CHRIST SOZIALIST!

Dazu bekennt sich eine zunehmende Zahl von Christen und Sozialisten.

In unserer Bewegung arbeiten seit 1919 religiöse Sozialisten zusammen für

- soziale Gerechtigkeit
- Versöhnung in allen Bereichen (z.B. Menschlichkeit am Arbeitsplatz, Frieden und Völkerverständigung)
- Demokratie in allen Lebensbereichen (z.B. Wirtschaft, Bildung)

Wir treten ein für eine Umkehr in der Behandlung von Natur, für die wir vor Gott und unseren Kindern verantwortlich sind. Unsere Arbeit für eine freiheitlich-sozialistische Gesellschaft sehen wir im Lichte des Evangeliums und hoffen auf Gottes kommendes Reich, für dessen anfangende Verwirklichung wir in Taten der Nächstenliebe und der Gerechtigkeit arbeiten wollen.

Der INTERNATIONALE BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN ist seit 1928 christlicher Gesprächspartner der Sozialistischen Internationale. Auch Juden sind an diesem Gespräch beteiligt.

In Deutschland hat der Bund der religiösen Sozialisten für eine demokratische und soziale Republik gekämpft und seit 1926 den Faschismus bekämpft. Deshalb wurde er 1933 verboten.

Nach dem 2. Weltkrieg hat er seine Arbeit in kleinerem Umfang fortgeführt. 1976 wurde der BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS E.V. durch die jüngere Generation wiederentdeckt und neu belebt.

In dieser Zeitschrift behandeln wir Themen im Hinblick auf eine grundlegende Veränderung unserer Gesellschaft. Den Bestellabschnitt - auch für weitere Informationen - finden Sie auf der letzten Seite des Heftes.

## VON VERNUNFT UND EINSICHT IM REICH GOTTES

*Darum, wer diese meine Rede hört und sie tut, der gleicht einem einsichtigen Mann, der sein Haus auf Fels baute. Als nun ein Platzregen fiel und die Wasser kamen und die Winde wehten und an das Haus stießen, fiel es doch nicht zusammen; denn es war auf Fels gegründet. Aber wer diese meine Rede hört und sie nicht tut, der gleicht einem törichtem Mann, der sein Haus auf Sand baute. Als nun ein Platzregen fiel und die Wasser kamen und die Winde wehten und an das Haus stießen, da fiel es zusammen, und sein Einsturz war gewaltig.*

Matthäus 7, 24-27

Dieses Gleichnis beschließt und bezieht sich auf die Bergpredigt, wie wir sie im Matthäusevangelium in den Kapiteln 5 - 7 finden. Das Gleichnis ist also von dieser Bergpredigt her zu verstehen. Um sie muß es zunächst gehen. Sie ist die bekannteste und zugleich umstrittenste Zusammenfassung der Lehre Jesu. Erinnern wir uns an einige besonders markante Sätze: Als erstes verkündet Jesus zum Entsetzen der geistesbewußten Hellenisten und aller Intellektuellen: Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Reich der Himmel. Dann begibt er sich in einen offensichtlichen Widerspruch. Zunächst predigt er: "Meinet nicht, daß ich gekommen sei, das Gesetz oder die Propheten aufzulösen. Ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen." Aber ein paar Verse weiter bezieht Jesus sich auf eben dieses Gesetz, wenn er sagt: "Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt ist", und jetzt dagegen setzt: "Ich aber sage Euch...". Wird doch ein neues Gebot gegen das alte gesetzt? Wir erinnern uns: Nach dem Gesetz ist dem Gericht verfallen, wer tötet. Jesus aber sagt: Schon der Zürnende gehört vor das Gericht. Und so geht es weiter: Ehebruch begeht schon der Mann, der eine Frau ansieht, um sie zu begehren. Nicht Auge um Auge ist das Gebot, sondern der Verzicht auf Vergeltung: "Wer Dich auf den rechten Backen schlägt, dem biete auch den anderen dar." Zu den Alten ist gesagt: "Mit Mühsal sollst du dich (vom Erdboden) ernähren dein Leben lang ... Im Schweiß deines Angesichts sollst du dein Brot essen." Jesus aber macht die Vögel des Himmels zum Vorbild, die nicht säen und nicht ernten, und die Lilien, die nicht arbeiten und nicht spinnen. Deswegen sollen wir erwarten, daß auch uns alle diese Dinge hinzugefügt werden, so daß wir nach Gottes Reich und seiner Gerechtigkeit trachten können.

Das mag als Erinnerung genügen an das, worauf sich das Dop-

Das Tragische und Unwahre der heutigen Lage besteht darin, daß die einen an Gott glauben, aber nicht an sein Reich auf Erden, die anderen aber an das Reich auf Erden, aber nicht an Gott. (Leonhard Ragaz, aus der Rede auf der Konferenz des Internationalen Versöhnungsbundes in Nyborg 1923 über "Christliche Revolution")

Die Hoffnung ist nicht nur die allerhöchste und letztthinige, das Reich Gottes selbst, sie hat auch menschliche, vorläufige Formen, als da sind: Demokratie, Sozialismus, Besiegung des Krieges. (Leonhard Ragaz)

Solange die Christen das schwerste Werk, das zu tun ist - den Kampf mit der Sünde der Gesellschaft - den Nichtchristen überlassen, solange ist für die gequälte Menschheit ihre Botschaft nicht glaubwürdig. (Emil Fuchs, Christliche und marxistische Ethik I, Leipzig 1956, S. 137)

Im Geiste des Evangeliums lehnen wir Gewalt, Fanatismus, Dogmatismus und Militarismus im Prinzip ab. Innerhalb eines revolutionären Prozesses geben Christen darauf acht, daß die christliche Liebe nicht verraten wird. Das bedeutet jedoch nicht, daß Liebe über vorhandene Widersprüche und Klassengegensätze hinwegsieht. Aber wir sehen im gewaltfreien Austragen und Überwinden der Gegensätze einen Weg, der Verheißung hat. (Vorläufige Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialisten, 1977)

"Du sollst nicht begehren den Mehrwert Deiner Arbeiter und Angestellten" (9. Gebot)

pelgleichnis unseres Bibeltexes bezieht. Es beschließt die Bergpredigt mit dem grundlegenden Hinweis: "Wer diese meine Worte hört und sie tut, ist mit einem einsichtigen Manne zu vergleichen ... Aber jeder, der sie nicht tut, ist einem törichtem Manne zu vergleichen."

Hausbauen ist eine sehr wichtige Angelegenheit im Leben des Menschen. Wer heute sein Einfamilienhaus baut mit möglichst viel Eigenleistung, damit es überhaupt erschwinglich wird, der legt nicht nur sein Einkommen für viele Jahre fest, sondern muß auch so viel Arbeitskraft und Nerven investieren, daß er und die Familie oft Jahre brauchen, um sich von diesem Kraftakt zu erholen. Das macht man in der Regel nur einmal in seinem Leben. Dieses Hausbauen ist so gewichtig im menschlichen Tun, daß Jesus es als Bild verwendet für die zentrale Frage der menschlichen Existenz: Was macht einen Menschen weise und gut? Wodurch wird der Mensch zu einer reifen Persönlichkeit, einer Persönlichkeit, die kluge, umsichtige, von Einsicht getragene Entscheidungen trifft, die in den Wechselfällen des Lebens Bestand haben?

Jesu Antwort ist eindeutig: Wenn du meine in der Bergpredigt ausgebreitete Lehre hörst und tust, wenn sie maßgeblich wird für deine lebensbestimmenden Entscheidungen, dann gleichst du einem reifen Menschen, der in Übereinstimmung steht mit dem Schöpfer dieser Welt.

Das macht die Bergpredigt so umstritten: Jesus erklärt sie zum wichtigsten Maßstab unseres Verhaltens, und gleichzeitig erscheint die darin ausgebreitete Lehre widersprüchlich und unerreichbar. Nach modernen Beurteilungsmaßstäben läßt sich diese Lehre auf den ersten Blick nicht einmal als Realutopie einstufen. Denn eine Realutopie ist unserer menschlichen und gesellschaftlichen Entwicklung so nahe, daß von ihr Einzelteile schon jetzt verwirklicht werden könnten; andererseits bestimmt die Realutopie die Entwicklungsziele so weit im voraus, daß ungewollte Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und vermieden werden können.

Aber welche einzelne Aussage der Bergpredigt ist denn für uns erreichbar? Welcher Mann kann garantieren, daß er immer und ausschließlich die angetraute Frau anziehend finden wird? Welche Frau kann garantieren, daß sie immer und ausschließlich den angetrauten Mann anziehend finden wird? Kein Mensch wird ausschließen können, daß ihn eines Tages der Zorn übermannt. Unsere Volkswirtschaft würde zusammenbrechen, wenn die Mehrheit unseres Volkes nicht mehr auf den Feldern schwitzte, nicht mehr den Lärm der Niethämmer

ertrüge, nicht mehr die schwere körperliche Arbeit im Straßen- und Häuserbau auf sich nähme, nicht mehr den stinkenden Müll wegschaffe, sich nicht mehr früh abends den Wecker stelle, um sich noch im Dunkel der Nacht auf den Weg zur Frühschicht zu machen. Unsere Energieversorgung ist nur deshalb ausreichend, weil vor Jahren schon Vorsorge getroffen wurde für den wachsenden Energiebedarf; unsere Enkel werden nur dann eine lebenswerte Umwelt vorfinden, wenn wir heute Vorsorge treffen und sparsamer und sorgfältiger umgehen mit Energie, Rohstoffen und Schadstoffbelastungen.

Nein - nicht zürnen, nicht begehren, nicht arbeiten, nicht sorgen, dem Bösen keinen Widerstand leisten - das hat nichts mit dieser unserer Welt zu tun. Weil aber Jesus sagt, daß sich genau an diesen Maßstäben entscheiden wird, ob unser Leben sinnlos wurde durch törichtes Verhalten, oder ob unser Leben getragen wird von Einsicht in das Gute und Notwendige, deswegen wird seit fast zweitausend Jahren versucht - mit den unterschiedlichsten Lösungsmöglichkeiten -, eine Verbindung herzustellen zwischen unserem täglichen Leben und der Bergpredigt. Die katholische Kirche hat die in vielen Religionen bewährte Unterscheidung vorgenommen zwischen der unteren Stufe der Minimalforderungen - in diesem Fall der zehn Gebote -, die für jeden Katholiken verbindlich sind, und der höheren Stufe der besseren Gerechtigkeit als einer Möglichkeit, Verdienste zu erwerben. Sinnerfülltes Leben also nur für einige wenige? Das Doppelgleichnis von den klugen und törichten Bauherren verbietet diese Lösung, es will die Lehre für alle verbindlich machen. Die sogenannten Schwärmer unter den Protestanten mißverstehen diese neue Lehre ebenfalls als Gesetz, das sie jedoch - anders als die katholische Kirche - für alle verbindlich machen wollen. Damit aber gießen beide neuen Wein in alte Schläuche: Die sogenannte Bergpredigt wird weitgehend als neues Gesetz bzw. als Verschärfung und Radikalisierung des alten Gesetzes mißverstanden.

Ein Gesetz braucht juristisch gefaßte Tatbestände, auf die es angewendet werden kann. Tötet jemand einen anderen Menschen, so schafft er damit einen Tatbestand, der rechtlich erfaßbar ist und beurteilt werden kann. Wer aber will beurteilen, ob und in welchem Maße jemand seinem Bruder zürnt? Diese Ebene menschlicher Beziehung entzieht sich dem Zugriff jeder Gesetzgebung. Ebenso läßt sich ein Ehebruch nicht juristisch fassen durch das Beweismittel des begehrenden Blickes. Vielmehr geht es hier um Verhalten im menschlichen Beziehungsgefüge, das dem Ineinandergreifen von Gesetz, Gericht und Strafe entzogen ist. Das menschliche Beziehungsgefüge, das wir Ehe nennen, wird nicht von

Gesetzen getragen - sondern von der aus Liebe, aus gegenseitiger Zuneigung geborenen Einsicht, die das liebevolle Miteinanderumgehen möglichst macht. Wird dieses Beziehungsgefüge zum eigentlich Schutzwürdigen der Ehe, dann kann es nicht um neue Gesetze gehen, dann kann der Gesetzgeber nur noch versuchen, die Zerrüttung einer Ehe festzustellen und die Folgen des Scheiterns zu mildern. Die Eheleute gleichen einem einsichtigen Menschen, die nicht nach juristisch verwertbaren Tatbeständen suchen, sondern sich konzentrieren auf das Wagnis ihrer Beziehung, auf das liebevolle Miteinanderumgehen. In diesem Zusammenhang wird dann von entscheidender Bedeutung, wie ich mit meinen Gefühlen für Menschen des anderen Geschlechts außerhalb der Ehe umgehe. Daß mich Menschen außerhalb der Ehe anziehen, ist wohl nicht zu vermeiden. Wenn ich aber so damit umgehe, daß ich das Begehren wachsen lasse, andere Frauen ansehe in der Absicht "um zu begehren", wie es in der Bergpredigt heißt, dann ist allerdings das sensible Beziehungsgefüge Ehe entscheidend geschwächt.

Zorn und Begehren mögen hier als Beispiele dafür genügen, daß die Bergpredigt nicht als neues Gesetz mißverstanden werden darf. Vielmehr geht es bei den von Jesus mit "Ihr habt gehört, daß zu den Alten gesagt ist ... Ich aber sage Euch" eingeleiteten Worten um den Zusammenhang, den man mit Gesetz und Ethik bezeichnet. Das Gesetz baut darauf auf, daß das Verhalten des Menschen gesteuert wird mit Vorschriften, die abweichendes Verhalten durch Strafdrohung verhindern wollen. Es ist nicht erforderlich, daß der Mensch die Notwendigkeit und den Sinn dieser Vorschriften einsieht, denn aus Angst vor Strafe wird bzw. soll er sie befolgen. Der Gesetzgeber aber wird in diesen Zusammenhängen dazu neigen, alle möglichen menschlichen Lebensbereiche durch Gesetz und Strafe zu regeln; aus Angst davor, daß der Mensch unreif ist und nicht in der Lage, aufgrund eigener Einsicht sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Das Judentum des Alten Testaments war bestimmt von dieser Tendenz. Mit Hilfe der Halacha, des Religionsgesetzes, wurde genau bestimmt, was z. B. das Gebot "Du sollst den Sabbattag heiligen" im einzelnen und für den einzelnen zu bedeuten hatte. Selbst die Tagesschrittzahl wurde festgelegt, also ein genauer Verhaltenskatalog zusammengestellt, der Sicherheit schaffen sollte. Eine Sicherheit, die auf juristisch gefaßte Tatbestände zurückgreifen konnte. So trat an die Stelle der lebendigen, heilenden Beziehung Gottes zu den Menschen die juristisch abgesicherte Heilsgewißheit oder - im Falle der Übertretung - die auf Straftatbeständen fußende Verurteilung. Jesus hat vielfach die

Weisungen der Halacha durchbrochen - wir erinnern uns an das Ährenraufen am Sabbat -, um darauf aufmerksam zu machen, daß die frommen Juden in ihrem Gesetzeseifer aus dem Dekalog - wie die zehn Gebote als Einheit genannt werden - Buchstaben und Straftatbestände gemacht und so die ethische Weisung zum Gesetz verfälscht haben. Denn in seiner allgemeinen Formulierung ist der Dekalog ja angelegt auf die Konkretisierung im täglichen Leben. "Du sollst den Feiertag heiligen!" oder "Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren!" sind angewiesen darauf, daß Menschen in ihrem persönlichen Leben diese Gebote je neu füllen durch einsichtsvolle Entscheidungen, die hineinwachsen in die jeweilige individuelle Situation aus der Erfahrung der Barmherzigkeit Gottes heraus.

Dieses Verhalten nenne ich ethisch: Es entfaltet sich auf der Grundlage bestimmter Wertmaßstäbe, wie sie der Dekalog darstellt - in der jeweils persönlichen Situation. Es liegt außerhalb jeden Zusammenhangs von Gesetz, Gericht und Strafe. Es gründet sich auf die Vernunft des Menschen und auf seine Einsicht in die Barmherzigkeit Gottes, wie sie uns in der Deutung des Kreuzestodes Jesu im Neuen Testament vorgegeben ist. Insofern ist es kein Widerspruch, wenn Jesus einerseits die bestehende Geltung des Gesetzes betont, andererseits aber den ethischen Anspruch des Dekalogs erneuert und vertieft. Auch wenn Jesus hierbei auf prophetische Traditionen zurückgreifen konnte, erkennen wir heute, daß er mit seiner Ethik über den damaligen Wahrnehmungshorizont seiner Jünger hinausweist in die nachösterliche Zeit. Erst im nachösterlichen Glauben reifte die Erkenntnis, daß an die Stelle des gerechten, zürnenden, im Zusammenhang von Gesetz, Gericht und Strafe wirkenden Gottes endgültig der liebende und barmherzige getreten war.

So gleichen auch wir einem klugen Menschen, wenn wir mit unseren Konflikten nicht zum Rechtsanwalt laufen, unsere Kontrahenten nicht vor das Gericht ziehen, sondern das persönliche Gespräch suchen. Klug ist, wer den Bestand seiner Ehe nicht dem Gesetzgeber anvertraut, sondern sich auf Pflege und Ausbau liebevoller Beziehungen konzentriert. In diesem Zusammenhang - das sei nebenher bemerkt - gehört die kirchliche Trauung vor der Gemeinde, denn wir wissen, daß der Gesetzgeber seine Funktion nur darin sinnvoll ausüben kann, die Folgen eines möglichen Scheiterns abzumildern.

Das Abschlußgleichnis der Bergpredigt spricht vom "klugen Manne", der ein Haus baut - wir denken da schnell an das private Einfamilienhaus. Es ist keine Rede vom klugen Politiker, keine Rede von Friedenspolitik, sondern "Selig

sind die Friedfertigen"; keine Rede von der Gerechtigkeit, die in einem hochentwickelten Gesellschaftssystem zu gelten habe, sondern: "Selig sind, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden ..."; keine Rede davon, daß der Strafvollzug humanisiert werden müsse, daß soziale Reintegration an die Stelle von Strafe und Sühne treten müsse, sondern: "Ihr sollt dem Bösen nicht widerstehen".

Unschwer läßt sich an diesen Beispielen erkennen, warum auch die meisten der Ausleger, die sich um die Bergpredigt als wichtig für unser tägliches Leben bemühen, eine gesellschaftliche Dimension nicht erkennen können. Hier müssen wir zunächst mit der Gleichnisdeutung beginnen. Jahrtausende wurden die Gleichnisse der Bibel immer wieder allegorisch gedeutet. Antworten wurden gegeben auf die Frage: Wer ist der kluge Mann? Was ist mit dem Haus gemeint? Wofür steht die Flut, die hereinbricht? Diese Art der Auslegung beherrscht noch immer weitgehend die christliche Gedankenwelt. Dagegen müssen wir uns klarmachen: In dem angesprochenen Gleichnis geht es nicht um die Bildelemente Mann, Haus oder Flut, sondern - wie in allen anderen Gleichnissen auch - um einen einzigen Vergleichspunkt: Es geht um Klugheit und Verstand. Wodurch wird der Mensch zu einer reifen Persönlichkeit, die kluge, verständige, von Einsicht getragene Entscheidungen trifft, die in den Wechselfällen des Lebens Bestand haben?

So ist die Frage nicht mehr, ob sich das Gleichnis nur auf die Privatsphäre bezieht, sondern vielmehr: Verträgt sich die Entfaltung einer reifen Persönlichkeit mit dem Bemühen, die Privatsphäre fein säuberlich zu trennen von der gesellschaftlichen Ebene? Kann ein Mensch sich in seiner eigenen Ehe auf das liebevolle Miteinanderumgehen konzentrieren und gleichzeitig für ein Ehescheidungsgesetz eintreten, welches das Verschuldensprinzip neu belebt? Kann ein Politiker versuchen, seinen eigenen Kindern mit Liebe und Milde zu begegnen und sie gegebenenfalls zu schützen vor einem inhumanen Strafvollzug, gleichzeitig aber für mehr Härte und Abschreckung gegenüber Gesetzesbrechern eintreten? Kann ein Mensch sanftmütig mit seinem Nachbarn umgehen und sich gleichzeitig stark machen für die Abschreckung, für die Perversion in Gestalt der Neutronenbombe und der ABC-Waffen? Kann ein Mensch sich aufopfern für seine Familie und gleichzeitig als Manager des Kapitalismus um der Rendite willen Verantwortung übernehmen dafür, das Fließbandarbeiter und -arbeiterinnen um ihre Gesundheit und um ihr Selbstwertgefühl gebracht werden? Kann ein Mensch in Familie und Freundeskreis eine Atmosphäre aufbauen helfen, die auf gegenseitige Verständigung

setzt und auf Respekt vor der Persönlichkeit des anderen, und gleichzeitig überzeugt sein von der Notwendigkeit einsamer unternehmerischer Entscheidungen im Betrieb?

Jeder kennt diesen oder jenen, der mit mehr oder weniger Erfolg versucht, solche Widersprüche in seine persönliche Lebensführung zu integrieren - wir werden auch uns selbst dabei beobachten können. Dabei werden wir erfahren haben, daß solche Widersprüche um so weniger schmerzen und bedrücken, je weiter wir die Ebenen "Privatsphäre" und "Gesellschaft" auseinanderhalten. Deswegen wird vor "Kurzschlüssen" gewarnt. Deswegen wird die Individualethik gegen die Sozialethik gesetzt; deswegen gilt als klug, wer sich ein unterschütterliches Differenzierungsvermögen aufgebaut hat, das eine Vermischung beider Ebenen als unzulässig diskriminiert. Aber mit der Klugheit und Vernunft, die auf die Bergpredigt baut, hat das nichts zu tun.

Auf welche anderen Möglichkeiten als auf solch eine Zwiespältigkeit können wir denn zurückgreifen? "Widerstehet nicht dem Bösen" - läßt sich denn so etwas auf staatlicher oder gesellschaftlicher Ebene verwirklichen? Können wir etwa die Bundeswehr abschaffen und den Feinden Tor und Tür öffnen? Können wir denn durch eigene Passivität und durch Abschaffen der Polizei dem Verbrechen freie Bahn schaffen?

Nein, auch wenn sich die Bergpredigt für unseren privaten Bereich so erschließt, daß sie einer Realutopie nahe kommt, so entfernt sie sich doch im gesellschaftlichen Bereich zu einer Vision; zu der Vision, daß die Rache unbekannt sein wird, daß die Sanftmütigen und Friedfertigen das Entscheidungsklima bestimmen werden, daß auf dem Boden der Feindesliebe die Versöhnung und Freundschaft zwischen den Völkern wachsen wird. "Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und ihre Spieße zu Rebmessern" (Micha 4, 3).

Jesus hat einen Namen geprägt für diese Vision: Das Reich Gottes. Ist dann die Bergpredigt doch nur Eschatologie? Zu verstehen als vorausschauende Verkündigung dessen, was am Ende aller Zeiten durch Gott selbst geschaffen werden wird? Zu verstehen als Begründung für die Hoffnung, im Jenseits würde ein gerechter Ausgleich geschaffen werden für Leid und Entbehrung dieser Welt? Jene Reichen und Mächtigen, die Not und Elend verursachen, haben immer ein Interesse an dieser Verkürzung der Verkündigung Jesu gehabt und die Bergpredigt für Unterdrückung und Ausbeutung mißbraucht. Dabei geht der Zwiespalt durch beide Lager. Allzu oft haben die Menschen in Hunger und Elend resignierend nach diesem Strohalm gegriffen und die Bergpredigt

zu einer Vergeltungspredigt fürs Jenseits gemacht. Und die Kirchen hatten und haben allzuoft nichts anderes im Sinn, als diese Ausformungen von Zwiespalt und Verkürzung zu verstärken. Verständlich, denn die Betroffenen konnten ihre als schicksalhaft empfundene Not so leichter ertragen, und die Kirche hatte ihren Vorteil: Die Reichen und Mächtigen zeigten sich nicht kleinlich.

Jesus aber verkündet das hereinbrechende Reich Gottes, das nahe herbeigekommen ist, das mit uns seinen Anfang nehmen will. Setzen wir uns dieser unverkürzten Verkündigung aus, dann ist weder Mißbrauch noch Resignation möglich. Denn dann teilen wir mit Jesus die Hoffnung, daß diese Welt veränderbar ist.

Setzen wir uns dieser unverkürzten Verkündigung aus, dann werden wir zunächst leiden, leiden daran, daß unser Denken, Reden und Handeln so weit entfernt ist vom Reich Gottes. Da ist kein Platz für Triumph, Selbstgefälligkeit und Rechthaberei. Aber da ist Raum für fruchtbares Leiden, das Spannungen aushält, Raum für die Gemeinschaft derer, die die Erkenntnis ihrer eigenen Unzulänglichkeiten nicht unterdrücken, die stark genug sind, Enttäuschungen und Mißerfolge offen einzugestehen. In diesem Sinn - nur in diesem Sinn - ist die Bergpredigt "Zuchtmeister", denn dieser Gemeinschaft gilt die Verheißung: Das Reich Gottes ist nahe herbeigekommen. Diese Gemeinschaft kann diesem Reich ein Stück näher kommen in Familie, Kommune oder Gemeinde. In diesen Beziehungen können am ehesten die Friedfertigen und Sanftmütigen das Entscheidungsklima bestimmen, so daß Rache und Vergeltung überwunden werden von Versöhnung und Freundschaft. Dort entstehen die Keimzellen künftiger Erneuerung der Gesellschaft, sie sind das Salz, sie sind das Licht, mit dem die Vision des Reiches Gottes das bis ins äußerste gesteckte Entwicklungsziel menschlicher Gesellschaft näherbringt, so daß Gott selbst eines Tages diesen Weg vollenden wird.

Deshalb ist einem einsichtigen Menschen gleich, wer seinen Zorn als Schuld anerkennt. Deshalb gleicht einem klugen Menschen die Gemeinschaft, die sich abrackert - nicht um Macht und Reichtum, sondern um Sanftmut und Versöhnung. Deshalb gleicht einem klugen Menschen das Volk, das den Strafvollzug nicht zum Instrument der Rache verkommen läßt, sondern sich abmüht, auch die geringsten Anzeichen der Fähigkeit zu einsichtsvollerem Handeln zu verstärken. Das Volk ist einem einsichtigen Menschen gleich, das seine Sicherheit nicht aufbaut auf die Abschreckung der atomaren Vergeltung, das verzichtet auf Rache und auf die Drohung mit den ABC-Waffen, um den Frieden durch Versöhnung der Völker

nicht zu blockieren. Einem klugen Menschen gleicht, wer nicht noch mehr Geld in die Bundeswehr steckt, sondern einen Friedensdienst anstelle des Zivildienstes aufbaut und dort investiert mit dem Ziel der Völkerversöhnung und Freundschaft. Die Bergpredigt fordert Friedenspädagogik, nicht Sicherheitspolitik.

Hieran wird deutlich, daß wir viele Ängste überwinden müssen, wollen wir der Ethik Jesu folgen. Aber ist es wirklich so utopisch von ihm, zu glauben, daß seine Jünger, daß wir in diesem unserem Leben damit anfangen könnten, einem klugen Menschen zu gleichen? Er ruft uns zu: Das Reich der Himmel ist nahe herbeigekommen! Es will seinen Anfang nehmen mit Euch!

Ursula Bories

## MIT VIERZIG ZUM ERSTEN MAL AUF EINER DEMO - BONN, 10. OKTOBER 1981

Es steht fest: einer von uns muß mit nach Bonn. Wir haben vier Kinder, und die sollen eine Zukunft haben. Irgendwie darf das mit dem Fetisch Rüstung nicht weitergehen. Man muß sich doch einmal dagegen äußern - nicht nur am Küchentisch und bei einigen Freunden. Mit Christ-Sein hat es wohl auch nichts zu tun, sich bis an die Zähne zu bewaffnen - und die Auseinandersetzung mit dem eigenen Volk und allen anderen Völkern jenseits der Elbe zu riskieren.

Es gilt zu überlegen, wer am besten abkömmlich ist in dieser sechsköpfigen Familie, in der, weil wir beide arbeiten, der Samstag der "Hauptkampftag" ist. Josef muß den neuen Schrank fertig bauen und das Dach winterfest machen. Wir beschließen, daß ich fahre. Harald W., der in meiner Krankenpflegeschule die Krankenpflege erlernt hat und in der Bielefelder Friedensinitiative mitarbeitet, besorgt mir eine Karte. Hans D. aus unserer katholischen Gemeinde fährt ebenfalls mit; auch Anne, seine 18jährige Tochter, mit ein paar Freunden. Wenigstens drei Menschen, die ich kenne! Das hilft, denn ich habe etwas Angst. An meinem Arbeitsplatz bleibt das Thema tabu - ich schweige ebenso, verschweige. Ich schlafe drei Nächte nicht ruhig, weil ich mich Sorge, zu verschlafen.

Ich schaffe es, nach drei Stunden Schlaf um 3,45 Uhr aufzustehen. Josef trinkt einen heißen Kaffee mit mir. "Mach's

gut!" - Und dann sind wir zu fünft unterwegs im Bulli nach Bielefeld. Der Eindruck des Platzes voller Menschen zur nachtschlafenden Zeit von 5 Uhr früh bei stürmischem und regnerischem Wetter ist überwältigend. Über 140 Busse starten von Bielefeld aus - kaum ein Fahrzeug war noch aufzutreiben, erfahren wir später im Bus. Beim Stand der DKP gibt's bereits heißen Tee; der Wind bläst ihnen den Sonnenschirm um - doch keiner bleibt des Wetters wegen zu Hause. Es sind nicht nur junge Menschen da, es sind Mütter mit halbwüchsigen Töchtern (zwei von meinen vier Töchtern müssen heute eine Klassenarbeit schreiben!), grauhaarige Frauen und Männer zwischen sehr jungen Leuten; Eltern mit Babys, sogar Hunde werden mitgenommen.

Die Stimmung ist ruhig und erwartungsvoll, aber ein bißchen Spannung liegt auch in der Luft. Wir dürfen auch nur vorn und einzeln in den Bus einsteigen, ein "Verantwortlicher" kontrolliert die Teilnehmerkarten, es ist "Edi", von der Bielefelder Friedensgruppe als "vorläufiger" (und später durch Zuruf bestätigter) Bussprecher bestellt.

Hans D. und ich sind in unserem Bus die Senioren. Wir sitzen inmitten Bielefelder Kollegiaten des Westfalenkollegs. Unser Bus rollt als sechster in Richtung Autobahn. Wir bekommen Informationen über den Ablauf, dazwischen einzelne Bitten, sich "friedlich" zu verhalten. Die Stimmung im Bus läßt nichts befürchten; man übt sich in Spöttelei über die Angst vor den "Friedensdemonstranten". Man schläft noch ein bißchen, hängt seinen Gedanken nach, spricht halblaut mit seinem Sitznachbarn, trinkt aus der Thermosflasche, frühstückt bei Wuppertal. Hier ist es hell geworden, und hier wird der Verkehr dichter: Pkw's mit eindeutigen Aufklebern, Bullis, Busse aus Hamburg, Bremen, Berlin, Hannover. Man grüßt, bemitleidet die anderen wegen der noch viel längeren Fahrt.

Vor Bonn tritt das befürchtete Chaos nicht auf. Wir sind sehr früh. Kurz nach 8 Uhr rollen wir über die nördliche Autobahnbrücke, werden weiter gewiesen von Polizisten. Spannung macht sich breit, von "Bullen" ist die Rede. Edi erteilt letzte Informationen; der Demonstrationsweg ist vorgezeichnet, schlecht lesbar auf dem Zeitungsdruck; es wird angeboten, sich Adressen Bonner Rechtsanwälte geben zu lassen; noch einmal Ermahnungen, nicht zu provozieren und abends um 17,30 Uhr pünktlich wieder am Bus zu sein. Der Bus rollt durch die Bonner Vorstadt: Hausfrauen eilen mit vollen Einkaufstaschen nach Hause. Gruppen und Grüppchen großen winkend - und die Sonne scheint strahlend über Bonn. An der Josefshöhe sammelt sich NRW - aber wo ist das? Reihenweise sind Straßenränder mit Bussen vollge-

parkt, und die Kolonne der Fahrzeuge rollt unentwegt weiter.

Wir steigen aus, und Edi wird alle Umhänge-Plakate los. Nur das von der DKP hängt er sich selbst um, was uns stutzig macht. Wir mögen ihn ja, aber für die DKP wollen wir nicht demonstrieren. Also gehen wir etwas auf Abstand (etwa einen halben Meter). Trotzdem suchen wir ihn zunächst immer wieder - wir haben Angst, im Meer der zig Tausende, die sich bereits versammelt haben und noch immer zusammenströmen, unterzugehen. Keiner weiß so richtig, wohin wir uns versammeln sollen - Edi auch nicht. Wir schieben uns an Info-Ständen vorbei, durch Megaphon-Wellen hindurch, ständig bekommt man Flugblätter, Zeitschriften, Infos in die Hand gedrückt, an Straßenrändern und auf Bau-Ödland wird gefrühstückt, ein Arzt steht mit seinem Pkw als "Ambulanz" bereit, ein mutiger Bonner verkauft Würstchen. Man schiebt uns, wir schieben andere, suchen, fragen.

Unmut wechselt mit Neugier und Zweifel: bin ich hier richtig, gehöre ich hierher mit meinen 40 Jahren? Bleibt dies ein Chaos? Ich könnte heute so gut den Garten machen! Soll ich nicht einfach nach Bonn hinuntergehen und mir einen Platz im Hofgarten suchen, von wo aus ich später etwas hören kann? Oder vielleicht noch ein bißchen in der Stadt bummeln - schließlich bin ich hier geboren und kenne mich ein wenig aus. - Wir bleiben, schließlich wollen wir demonstrieren!

Die Zeit wird so lang, auch wenn die Gewerkschaftsjugend im "Sportplatz Nord", den wir endlich erreichen, ein Vorprogramm macht mit Theater, Information, Songs. Wir verliehen uns und finden uns wieder, reihen uns ein unter einem Riesenspruchband, das "Ostwestfalen" ankündigt, und sind auf das Kollegium der Laborschule gestoßen. Eine Gruppe "Bänkelsänger" macht Folkloremusik, sehr schön. Der Himmel wird dunkler - gegen halb zwölf fallen die ersten Tropfen.

Und endlich kommt Bewegung ins Feld. Der Zug formiert sich, heißt es von vorn durch's Megaphon. Jeden treibt die Sorge, der letzte zu sein, jeder drängelt also ein bißchen. Ein Meer von Spruchbändern bewegt sich langsam über einer dichten Menschenmasse; zu den heißen Rhythmen einer Bonner mundsprachlichen Lehrlingsrockband (Kehrvers: "Worömm ... könne mehr net friedlich sinn"?) tanzt sich die Menge warm. Über den Köpfen tanzt eine riesige Friedenstaube aus Pappmaché, von nicht mehr ganz jugendlichen Zylinderbehüteten Herren getragen. Gelächter kommt auf - Spannung löst sich.

Einer hat ein Transistorradio - Mittagmagazin: Von einer "eigenartigen spannungsgeladenen Atmosphäre über der Stadt" ist die Rede. "Komm, mach den blöden Thoma aus", sagt einer. Das hat er nicht verdient, der Thoma, denke ich, er ist ja nicht der Korrespondent. Vor mir versuchen Mutter und Tochter ein Transparent aufzurollen; es fehlt ihnen der dritte Mensch zum Tragen. Ich kann es nicht mit ansehen und übernehme die mittlere Stange. Ein Blick nach oben: es steht ein Reim darauf, daß wir den Frieden wollen - auch für später; dies bejahend helfe ich weiterzutragen. Noch immer schwanke ich in der Beurteilung der Lage: ist dies ein aussagestarkes Ereignis oder doch eher ein bißchen rheinischer Karneval?

Dies ändert sich abrupt, als wir endlich, nach drei Stunden Stehen, den Platz verlassen und "den Zug" sehen: Zehnerreihen dicht an dicht, kein Ende vorn und kein Ende hinten zu sehen. Es macht einen fast andächtig. Aber wird diese riesige Menge je die Innenstadt erreichen? Jetzt geht es relativ zügig voran - und immer noch rollen Busse an: Holländer, Belgier. Bus an Bus parkt auf der breiten Graurheindorfer Straße, auf deren einer Hälfte der Zug stadteinwärts zieht. Kein Bonner ist zu sehen. Polizeibeamte nur da, wo der Zug um eine Straßenecke geleitet wird. Sie haben rote Nelken am Revers, sie wirken gelassen. "Frieden schaffen ohne Waffen". "Meister Apel, schläfst Du noch? Hörst Du nicht die Glocken: Abrüstung." "Neuer Job für Ronald, Kellner bei Mac Donald." Sprechchöre werden intoniert - und es macht Spaß, mitzurufen, mitzusingen. Die nicht sichtbaren Bonner sind Gegenstand mancher Frotzelei. Vom Dachgarten eines Hochhauses wird heruntergewinkt: man klatscht und grüßt zurück. Auch vorn kommt Beifall auf: eine mutige Bürgerin schenkt Kaffee und Tee aus. "Auch wir sind für Frieden" steht an ihrem Fenster.

Wir biegen auf den Oxford-Ring und sind von dem Anblick ergriffen: Von der Kennedy-Brücke aus kommt ein weiterer endloser Menschenstrom auf uns zu. Ein Nachrichtenwagen veröffentlicht neue Zahlen: fast 300 000 Menschen sind da. Beifall, Freude. Niemand hat mehr Angst, ein Gefühl der Sicherheit ist da. Beim Einbiegen in das Hofgarten-Viertel lösen die zwei mit Brettern vernagelten Schaufenster Heiterkeit aus; sie sind mit Blumen geschmückt. Entgegen allen Warnungen drängen wir uns durch das enge Tor auf die Hofgartenwiese. Um und über Menschen steigend, Schritten für Schritten vorwärts drängend erreichen wir bei Pastor Albertz' Rede einen Platz, von dem aus wir seine Stimme gelegentlich durch den Lautsprecher hören können. Auf U-Wagen sitzen Leute, in den hohen Platanen hocken sie, nicht immer andächtig lauschend, aber dabei. Flinke Leute

bieten mit Bauchladen Brote an; ein Würstchenstand macht mitten unter den Bäumen großen Umsatz.

Die Grüße aus aller Welt werden freundlich beklatscht. Einige Redner kann man nicht verstehen, weil sie mit dem Mikrofon nicht zurechtkommen oder die Anlage zu schwach ist. Erhard Eppler, der später der Demagogie bezichtigt wird, fasziniert die Menge, seine Rede ist ein Ereignis - er hat das Feeling für die Situation und die Leute, seine Sätze treffen. Ein Polizeihubschrauber überfliegt den Platz - ein Pfeifkonzert ertönt - er dreht ab, man klatscht. Ein Flugzeug kreist mit einem Spruchband "Wer demonstriert in Moskau?" "Vielleicht die Junge Union", meint jemand neben mir. Ein Bündel Luftballons wird hochgeschickt, kreuzt die Flugzeuggbahn, es wird gelacht. Auch dies ist ein Erlebnis an diesem Tag: eine Menge von Hunderttausenden lacht. Wann hat man schon so viele Menschen auf einmal lachen gehört?

Als Uta Ranke-Heinemann spricht, haben wir uns bis auf ca. 80 m an die Tribüne gedrängt - viele wandern schon ab - die Busse fahren bald. Aber die noch bleiben, sind fasziniert, gefesselt - Das Borchert'sche Nein-Manifest: ich spreche - rufe - schreie es mit. Ist das der Punkt, wo die Ratio ausklinkt? Marion Gräfin Dönhoff beklagt in ihrem Leitartikel in der "Zeit" später den Ersatz der Ratio durch Emotion. Als ob man sich das nicht selbst überlegt, wenn man da "nein" ruft, als ob man ohne zu denken schreit - mit seinen vierzig Jahren! Aber es ist ein Schreien nach dem Zustand des Sich-nicht-verweigern-Müssens, eine gemeinsame Sehnsucht, daß wirklich Vernunft herrschen möge, die den Krieg ad absurdum führt und Frieden begründet. Es hat mich angerührt; ich wünsche mir, die Kraft zum Verweigern zu haben, wenn dies nötig wird.

Als Heinrich Böll spricht, den ich endlich einmal zu Gesicht bekomme (er ist mein Lieblings-Autor), müssen wir unbedingt gehen. Der Platz beginnt sich zu leeren, die Straßen in der Innenstadt sind noch voll, aber in lockeren Gruppen strömen die Menschen zurück.

Die Bonner sind Realisten: Die Gefahr ist vorbei, man muß ja nicht allen "Reibach" Mac Donald überlassen. Also werden vorsichtig Bäckerläden, Pommes-Stände und einige "Kneipen" wieder geöffnet - und sind sofort mit Menschen gefüllt. Das Leben hat sie wieder, die Bürger und die Demonstranten.

Ein etwas vorwurfsvolles Schweigen und ein Notsitz erwarten uns im Bus, weil wir 20 Minuten zu spät kommen. Die

meisten haben den Hofgarten gar nicht erreicht und sind darüber enttäuscht. Der Busfahrer umfährt Köln nördlich und vermeidet somit jeglichen Stau; an der Tankstelle in Remscheid erwischen wir sogar noch einen Parkplatz. Edi verkauft die letzten Lunch-Pakete und sammelt für die Bielefelder Gruppe. Die Radio-Kommentare werden ausgeschaltet - man fühlt sich mißverstanden und hat das "Gerede" satt. Man schläft oder döst ein wenig. Diskussionen kommen nicht auf. Man hat mit sich zu tun.

Später wird Gerd Ruge in einem Kommentar die mangelnde intellektuelle Bereitschaft beklagen, sich mit dem Problem sattnam auseinanderzusetzen, die Indolenz gegenüber nüchternen Betrachtungen, wie etwa denen von William Borm, dem man nicht habe zuhören wollen, er wird die Anfälligkeit gegenüber Demagogen wie Eppler und Ranke-Heinemann bedauern und das aggressive Anpfeifen gegen Polizeihubschrauber. Aber was weiß schon einer, der offensichtlich nicht dabei war oder jedenfalls nicht in der Menge stand, und der nicht erlebt hat, wie Worte durch Lautsprecher nicht übertragen oder durch Hubschrauberlärm hinweggerissen wurden? Was wissen sie alle, die schlaun Kommentatoren, über unsere Sorge, unser Verantwortungsbewußtsein, unser elendes Gefühl des Nicht-gefragt-Werdens und des Ausgeliefert-Seins, und über unseren Willen, hier nicht mehr mitzuspielen!

Ich denke, daß wir weitermachen müssen, Wege zu suchen, das Schlimmste zu verhüten.

Heinz Röhr

## WUNDER

Der Osterinsel-  
Baum  
sei ausgestorben, hieß es  
die letzten Exemplare  
von den Schafen  
gefressen  
1962

Doch ein findiger  
Forscher  
fand den Samen  
und man brachte  
das einmalige Stück  
zum Keimen  
1979

Und nun lebt er wieder  
der Auferstehungs-  
Baum

Wer wird uns  
einst  
finden  
wer bringt uns  
zum Keimen  
wenn wir aus-  
gestorben sind?

Vielleicht  
erleben wir  
unser blaues Wunder

## RATIONALISIERUNG IN BÜRO UND VERWALTUNG GEWERKSCHAFTLICHE ANTWORTEN \*)

### I. Rahmenbedingungen

Die außerordentlichen Wachstumsbedingungen der 50er und frühen 60er Jahre haben ihre Wirksamkeit verloren. Hatten wir im Schnitt der 50er Jahre noch ein wirtschaftliches Wachstum von 8,5 % zu verzeichnen, so ist dies seitdem kontinuierlich gesunken: in den 60er Jahren durchschnittlich auf 5 %, in den 70er Jahren auf ca. 3 %; was die 80er Jahre angeht, so werden wir froh sein können, Wachstumsraten zwischen 1 und 2 % zu erzielen. Angesichts dieser Entwicklung wäre es fahrlässig, sich mit der Hoffnung zu beruhigen, die gegenwärtigen Wachstumseinbrüche seien ein vorübergehender Zustand. Umgekehrt: Die außerordentlichen Umstände der Nachkriegszeit, die uns jene treibhausartigen Wachstumsraten von 10 % und mehr beschert haben, gehören endgültig der Vergangenheit an. Es waren die besonderen Bedingungen des Wiederaufbaus, der Eroberung neuer Exportmärkte sowie der Entstehung gänzlich neuer Wirtschaftszweige, die jenes Wachstum ermöglicht haben. Was dagegen heute eingetreten ist, ist das Normalmaß einer privatwirtschaftlichen Ordnung.

In gleicher Weise gilt es, Abschied zu nehmen von Illusionen, die die 50er Jahre genährt haben: Etwa, daß es einen krisenfreien, Wachstum und Vollbeschäftigung sichernden Kapitalismus gebe, der als Abfallprodukt auch noch optimale soziale Reformen ermögliche. Heute, nach 7 Jahren andauernder Massenarbeitslosigkeit gilt es endlich zu erkennen: Es gibt keine "soziale" Marktwirtschaft.

Diese wirtschaftliche Entwicklung hat zahlreiche Folgen. Eine der wichtigsten ist das Bemühen der Unternehmen, auf allen Feldern Kosten zu senken. Sobald die Ausdehnung gewinnträchtiger Produktion im In- und Ausland auf Grenzen stößt, suchen die Unternehmer die Gewinne durch interne Kostensenkung zu verbessern. Diesen Versuchen begegnen wir in zunehmendem Maße während der jährlichen Tarifrunden. Der Druck auf Löhne und Gehälter nimmt zu. Was wir in der Tarifrunde in diesem Frühjahr erlebt ha-

\*) Referat auf dem Angestelltentag des DGB-Landesbezirks Hessen am 9. Mai 1981

ben, ist keine einmalige Erscheinung, sondern Auftakt zur Tarifstrategie der Unternehmerverbände in den 80er Jahren. Das Ziel: Jahr für Jahr Tarifabschlüsse, die noch unter der Inflationsrate liegen.

Die gleiche Entwicklung verzeichnen wir auf dem Sektor staatlicher Sozialleistungen. Jahrelanges Trommelfeuer scheint gegenwärtig zu bewirken, daß auch die sozial-liberale Koalition dazu übergeht, soziale Leistungen abzubauen, um die "Rahmenbedingungen für private Investitionen" zu verbessern. "Investitionen müssen Vorrang haben vor Konsumtion", erklärte unlängst Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff. Dahinter verbirgt sich die Politik einer massiven Gewinnförderung, auch auf Kosten sozialer Leistungen und sozialer Reformen.

### II. Rationalisierung

Ein wesentliches Mittel der Kostensenkung ist und bleibt die Rationalisierung. Sie tritt in unterschiedlicher Erscheinung auf:

- durch Veränderung der Arbeitsorganisation; in diesem Zusammenhang ist an die Zunahme der Schichtarbeit zu erinnern: In den letzten 20 Jahren hat sich die Zahl der Schichtarbeiter beinahe verdoppelt, von 2,6 auf 5 Millionen Arbeitnehmer,
- durch Einführung neuer Techniken.

In den 50er Jahren konnte man im Durchschnitt davon ausgehen, daß 70 % der wieder in den Betrieb gesteckten Gewinne der Erweiterung dienten; mit ihnen wurden neue Arbeitsplätze geschaffen, neue Maschinen gekauft und neue Werke errichtet. Nur 30 % der Investitionen waren Ersatzbeschaffungen und Rationalisierungen. Dieses Verhältnis hat sich heute umgekehrt: 70 % der Investitionen sind Rationalisierungen und nur noch 30 % Erweiterungen. Wenn wir also in der Vergangenheit oftmals hören konnten: die Investitionen seien die Arbeitsplätze von morgen, so ist mittlerweile das Gegenteil richtig: im Zweifel schaffen die Investitionen keine Arbeitsplätze, sondern vernichten sie.

Sehr deutlich wird dies am Beispiel der Druckindustrie: Innerhalb der letzten 6 Jahre haben sich die Investitionen im Jahresdurchschnitt verdreifacht, von rund 400 Millionen DM auf mittlerweile 1,2 Milliarden DM. Die Produktion hat sich mehr als verdoppelt. Von 9 Milliarden DM auf mittlerweile über 20 Milliarden DM. Sofern die Gleichung von den Investitionen und den Arbeitsplätzen zuträfe,

hätte auch die Beschäftigung in der Druckindustrie wachsen müssen; doch das Gegenteil war der Fall. Im gleichen Zeitraum sind rund 30.000 Arbeitsplätze abgebaut worden.

Was sich in den letzten Jahren unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in der Druckindustrie vollzogen hat, wird in den 80er Jahren vornehmlich in den Büros und Verwaltungen einziehen. Hier werden die Auswirkungen jedoch ungleich weittragender sein; es wird nicht mehr um einige Tausend Arbeitsplätze, sondern um 1 bis 2 Millionen Arbeitsplätze gehen, die der Rationalisierung in den Büros und Verwaltungen zum Opfer fallen werden.

Bei alledem kann nicht oft genug vor Illusionen gewarnt werden. So ist immer wieder zu hören, selbst wenn in einzelnen Wirtschaftszweigen als Folge der Rationalisierung Arbeitsplätze entfallen, würden sie doch in anderen Sektoren neu geschaffen. Diese Lehre vom wundersamen Arbeitsplatz-Ausgleich ist falsch und inzwischen schon mehrfach widerlegt. Auch die Zulieferindustrie, die beispielsweise neue Techniken herstellt, rationalisiert im gleichen Zuge. Zur gleichen Zeit, in der in der Druckindustrie durch neue Techniken und bei Millionenaufwand an jährlichen Investitionen Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden, hat auch die Beschäftigung in der Zulieferindustrie abgenommen, trotz verdreifachtem Auftragsvolumen.

Die gegenwärtige Entwicklung ist nicht nur von vorübergehender Dauer. Sie hat nichts mit angeblichen Sondereinflüssen, Ölpreisverteuerung oder mysteriösen Zusammenhängen der Weltwirtschaft zu tun. Weder wird das wirtschaftliche Wachstum gleichsam durch Gottes Fügung wieder steigen und die Raten der 50er Jahre erreichen, noch wird der Rationalisierungsdruck nachlassen.

Was die Rationalisierungsmaßnahmen im einzelnen angeht, so sollte man sich auch nicht auf schönfärberische Aussagen verlassen, etwa dergestalt: Die künftige Generation der Speicher- und Rechenanlagen erlaube eine Dezentralisierung; damit werde die Möglichkeit geschaffen, die Arbeit an jedem Arbeitsplatz anspruchsvoller und interessanter zu gestalten. Die Umsetzung neuer Techniken in den Betrieben vollzieht sich nicht im Selbstlauf, sondern steht unter dem Diktat privatwirtschaftlicher Interessen. Sofern es billiger ist, bei Einsatz neuer Techniken die Arbeit weiter zu zergliedern, werden Betriebsleitungen dazu neigen, ehemals anspruchsvolle Tätigkeiten von Facharbeitern und qualifizierten Angestellten aufzuteilen in monotone Arbeit niedriger Qualifikation und

niedriger Bezahlung einerseits und wenige überwachende Funktionen hochqualifizierter, oftmals akademisch vorgebildeter Angestellter andererseits. Alle bisherigen Erfahrungen sprechen für diese Entwicklung.

Aus diesem Grunde ist es unerlässlich, gewerkschaftliche Gegenwehr zu entwickeln, um die sozialen Interessen bei Einführung neuer Techniken mit Erfolg durchzusetzen. Nur aufgrund gewerkschaftlichen Widerstandes wird es möglich sein,

- Arbeitsplätze und Berufe zu erhalten,
- die betroffenen Arbeiter und Angestellten vor gesundheitlichem Verschleiß zu bewahren,
- menschengerechte Arbeitsbedingungen durchzusetzen,
- die betroffenen Arbeitnehmer vor Einkommensverlusten zu schützen.\*)

### III. Betriebliche Antworten

Wir sind keineswegs hilflos. Schon das Betriebsverfassungsgesetz bietet Möglichkeiten, gegen arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungsmaßnahmen der Gegenwehr zu entwickeln, insbesondere die Belegschaft in den Konflikt rechtzeitig einzubeziehen. Deshalb sollen einige Bemerkungen dazu vorangeschickt werden.

Nach § 90 Betriebsverfassungsgesetz ist der Arbeitgeber verpflichtet, den Betriebsrat über sämtliche technischen Neuerungen, die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen haben können, rechtzeitig zu informieren. Im Grunde unterliegt damit jegliche Investition und jeglicher Plan mit arbeitsorganisatorischen Veränderungen der Informationspflicht.

Um dies an einem Beispiel deutlich zu machen: Da beabsichtigt die Betriebsleitung, die vorhandene Telefonanlage durch eine neue zu ersetzen. Es handele sich, so wird erklärt, um eine Routine-Investition, eine reine Ersatzbeschaffung. So einleuchtend dies klingt - der Betriebsrat sollte dennoch nachhaken und sich umfassend über die geplante neue Anlage informieren lassen, und zwar unter Vorlage der Angebote und Beschreibungen. Nicht nur, daß Arbeitsplätze in der Zentrale entfallen können oder verändert werden; die Anlage kann möglicherweise so ausgelegt

\*) Siehe dazu Werner Vitt: Die Angst der Arbeiter. Arbeitsplatzverlust durch technische Neuerung, Christ und Sozialist 3/1979

sein, daß sie eines Tages ohne zusätzliche weitere Investitionen den Anschluß an Bildschirmtext ermöglicht; es ist denkbar, daß eingehende Telefongespräche aufzeichnet werden. Der Betriebsrat tut also gut daran, von seinem Informationsrecht erschöpfend Gebrauch zu machen.

Dabei gilt: Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat unverzüglich, also bereits im Planungsstadium, zu informieren. Gegen diese Verpflichtung wird oftmals verstoßen. Jedem Betriebsrat sei empfohlen, derartige Verstöße nicht stillschweigend hinzunehmen, sondern seinerseits auch einmal das Gericht anzurufen. Einstweilige Verfügungen, die den Arbeitgeber dazu verurteilen, sämtliche Planungen offenzulegen, wirken oftmals Wunder. Die Unternehmer zögern nicht, sich bei verminderter Auftragslage oder anderen betrieblichen bzw. personengebundenen Gründen von Arbeitern und Angestellten "zu trennen"; umgekehrt müssen wir immer wieder erleben, daß Beschäftigte und Betriebsrat sich aus falsch verstandener Rücksichtnahme scheuen, von ihren rechtlichen Befugnissen gegenüber dem Arbeitgeber konsequent Gebrauch zu machen. Gegenwehr von unten gilt als Störung des Betriebsfriedens, Disziplinierung und Mißgriffe von oben sind dagegen an der Tagesordnung.

Neben der Ausnutzung gesetzlicher Informationsrechte gehört es zur Aufgabe des Betriebsrates, in der Belegschaft ein "Frühwarnsystem" aufzubauen. Dies ist vornehmlich Aufgabe der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Die besten gesetzlichen Informationsansprüche nützen wenig, sofern die Betriebsräte nicht bereits Vor-Informationen haben. Erst dann sind sie in der Lage, die richtigen Fragen zu stellen, das heißt, von gesetzlichen Auskunftsrechten auch Gebrauch zu machen. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich, den Vertrauensleuten aufzugeben, für ihren Wirkungsbereich jede betriebliche Änderung festzuhalten und in der nächsten Sitzung zur Sprache zu bringen.

Die bereits eingangs zitierte Bestimmung des Betriebsverfassungsgesetzes verpflichtet den Arbeitgeber nicht nur zur Information; er muß die geplanten Maßnahmen mit dem Betriebsrat beraten. Der Betriebsrat tut gut daran, bei komplizierteren Vorhaben Sachverständige hinzuzuziehen. In erster Linie sollte dies ein Vertreter der Gewerkschaft sein. Soweit die Materie komplizierter wird, sollte sich der Betriebsrat - unter Vermittlung der Gewerkschaft - auch des Rates befreundeter Wissenschaftler bedienen. Derartige Sachverständige müssen, soweit die Materie dies erfordert, von den Unternehmen finanziert wer-

den. Auch hier liegen Möglichkeiten, die bisher viel zu wenig genutzt worden sind.

Jenseits aller gesetzlich verbrieften Rechte ist es notwendig, die Belegschaft rechtzeitig einzubeziehen. Was auch immer der Betriebsrat an Investitions- und Veränderungsplänen erfährt: Diese Informationen müssen an die Belegschaft weitergegeben werden. Die im Gesetz vorgesehene Verschwiegenheitspflicht gilt nur für Ausnahmefälle: Nicht nur, daß entsprechende Tatsachen vom Unternehmer als geheimhaltungsbedürftig bezeichnet worden sein müssen, darüber hinaus müssen sie objektiv dazu geeignet sein, bei Offenbarung dem Unternehmen Schaden zuzufügen. Dies wird nur in Ausnahmefällen so sein; regelmäßig kann man sich bei allen Investitionen darauf verlassen, daß ihre Offenbarung dem Unternehmen, etwa im Wettbewerb, keine Nachteile zufügt. Man kann sich darauf verlassen: Die Bank, die Kunden und die Konkurrenten wissen das meiste bereits vor dem Betriebsrat.

Es gehört zu den Binsenweisheiten betrieblicher Arbeit, daß die Position des Betriebsrats in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber umso stärker ist, je mehr der Betriebsrat von der Belegschaft unterstützt wird. Aus diesem Grunde ist rechtzeitige und umfassende Information unerlässlich, sei es durch Aushang am Schwarzen Brett, durch schriftliche Informationsblätter des Betriebsrats, in Abteilungs- und Betriebsversammlungen. Nur auf dieser Grundlage läßt sich auch Druck gegenüber dem Arbeitgeber entwickeln.

Bei größeren Investitionsvorhaben empfiehlt es sich auch, die Öffentlichkeit zu informieren. Es schadet gar nichts, wenn Konflikte und Entwicklungen, die beispielsweise zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen, auch am Ort bekannt werden. Nicht nur das Firmenjubiläum und die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Unternehmer sollte Anlaß sein, die Firma in der örtlichen Presse zu erwähnen. Soziale Konflikte gehören gleichfalls an die Öffentlichkeit.

Schließlich sieht das Betriebsverfassungsgesetz in einzelnen Fragen Mitwirkungsrechte vor. Dies gilt für Personalentscheidungen, etwa Versetzungen; dies gilt für die Einführung von Leistungskontrollen, für die Festlegung der Arbeitszeit und für Maßnahmen des Gesundheitsschutzes. Der Betriebsrat hat an der Personalplanung mitzuwirken; er hat ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht bei der Vereinbarung von Interessenausgleich und Sozialplan - um nur einige Beispiele zu nennen.

Bei alledem sollte der Betriebsrat sein Augenmerk vornehmlich auf folgende Gefahren richten:

- Neue Techniken führen oftmals zu gesundheitlichen Belastungen. Es ist zwar richtig, daß körperlich schwere Arbeit im Zuge der technischen Entwicklung abgenommen hat, dies wurde allerdings oftmals begleitet von zunehmenden nervlichen Belastungen und von vermehrtem Arbeitsdruck. Hier ist es beispielsweise notwendig, durch Pausenregelungen oder durch regelmäßigen Wechsel in der Tätigkeit, auch durch Schaffung von Mitarbeitsplätzen, Vorsorge zu treffen gegen nervliche Belastungen, gegen Monotonie und Unterforderung.
- Vorsicht bei Manipulationen mit der Arbeitszeit! Auf der einen Seite beobachten wir die Tendenz, die Belegschaften auszukämmen, sich "von den leistungsschwachen Mitarbeitern zu trennen" und die Produktion olympiareifen Kernmannschaften zu übertragen. Sofern die Aufträge steigen, werden Überstunden verlangt. Jeder Betriebsrat sollte es sich zehnmals überlegen, bei einer derartigen Personalpolitik Überstunden zuzustimmen. Auf der anderen Seite steigt die Tendenz, Teilzeitarbeitsplätze einzurichten; im Einzelhandel gibt es darüber hinaus die Methode, Arbeitnehmer auf Abruf zu beschäftigen. Das heißt: Das Risiko der betrieblichen Unterauslastung durch unterschiedliche Geschäftslage wird auf die Beschäftigten abgewälzt. Derartigen Manipulationen können wir uns gar nicht scharf genug widersetzen. Teilzeitarbeit und kapazitätsorientierte Arbeitszeit fördern eine weitere Arbeitszerlegung; anspruchslose Tätigkeiten werden auf Teilzeitbeschäftigte übertragen; wer nur halbtags arbeitet, ist oftmals nur Gast im Betrieb und wird seine sozialen Rechte selten ernst verfolgen; Teilzeitbeschäftigte sind jederzeit austauschbar; berufliche Qualifikation, Aufstieg im Betrieb sind ihnen weitgehend verschlossen. Wer nur wenige Stunden am Tag arbeitet, gibt aufgrund der individuellen Leistungskurve eine höhere Leistung als der Vollzeitbeschäftigte. Teilzeitarbeit ist so gesehen stets ein zusätzliches Geschenk an den Unternehmer. Im Grunde gibt es nur eine Lösung: Statt Teilzeitarbeit, Job-sharing und anderen Experimenten: Arbeitszeitverkürzung für alle mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche.
- Neue Techniken dürfen nicht zu einem Mehr an Leistungskontrolle führen. Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung dürfen beispielsweise nicht dazu mißbraucht werden, die Arbeit zum Zwecke der individuellen Leistungsbeurteilung festzuhalten und zu kontrollieren.

- Oftmals werden neue Techniken dazu mißbraucht, tarifliche Eingruppierungen zu überprüfen; aus der Sicht der Unternehmer nach unten! Für Betriebsräte und Gewerkschaften gilt: Wenn schon mit den von uns erarbeiteten Gewinnen neue Techniken eingeführt werden, so dürfen sie keineswegs dazu mißbraucht werden, auch noch vorhandene tarifliche Eingruppierungen abzubauen.
- Soweit die Arbeitsanforderungen sich ändern mit der Gefahr monotoner Tätigkeiten, sollten Betriebsräte alles daransetzen, durch Einrichtung von Mitarbeitsplätzen weiterhin anspruchsvolle Arbeit zu ermöglichen.

#### IV. Tarifpolitische Antworten

1. Die Gewerkschaften werden sich weiterhin im Sinne der aktiven Tarifpolitik für angemessene Erhöhung der Löhne und Gehälter einsetzen. Gerade im Zusammenhang mit Rationalisierung und neuen Techniken hört man bisweilen das Schlagwort: In Zukunft müsse Qualität vor Quantität gehen. Mit anderen Worten: "Das Gerangel um Lohnprozente" habe zurückzutreten vor qualitativen Veränderungen, angefangen von der Verkürzung der Arbeitszeit bis zu besonderen Tarifverträgen zur Abwendung sozialer Folgen neuer Techniken. Wir können nicht scharf genug auffassen, daß wir uns nicht in derartige Scheinalternativen treiben lassen. Es kann nicht darum gehen, in Zukunft die jährliche Lohnrunde zu vernachlässigen, weil angeblich anderes wichtiger sei. Löhne und Gehälter werden in Zukunft den gleichen Stellenwert behalten wie in der Vergangenheit. Im Gegenteil: Je mehr die Unternehmer den Druck auf Löhne und Gehälter verstärken, je mehr wir der Gefahr ausgesetzt sind, daß die Realeinkommen sich vermindern, weil die Preise schneller steigen als die Löhne, desto wichtiger wird der jährliche Einsatz der Gewerkschaften in den Lohn- und Gehaltstarifrunden. Aus diesem Grunde kann es nicht heißen: Vorrang qualitativer Tarifpolitik vor quantitativer Tarifpolitik, sondern beides hat gleiche Bedeutung.

2. Technische Veränderungen führen oftmals zu geänderten Arbeitsanforderungen. Unternehmer neigen dazu, aus privatwirtschaftlichem Kostenkalkül die Arbeit weiter zu zergliedern, mit der Folge, daß das ehemals breite Mittelfeld qualifizierter Tätigkeiten zerfällt in eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen für An- und Ungelernte und nur wenige höchstqualifizierte Arbeitsplätze überwiegend kontrollierender und überwachender Art.

An dieser Stelle scheint mir eine grundsätzliche Bemerkung angebracht: Auf Sonntagsreden oder anlässlich der Eröffnung

internationaler Messen hört man bisweilen von Unternehmersprechern wie von Politikern, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bundesrepublikanischen Wirtschaft beschworen wird. Es ist richtig, daß die deutsche Wirtschaft hohen Rang genießt. Diese Wettbewerbsfähigkeit verdankt sie jedoch nicht dem Erfindungsreichtum ihrer Aktionäre; das Geheimnis der hiesigen Exporterfolge liegt vielmehr im hohen Stand der beruflichen Qualifikation von Facharbeitern und Angestellten. Wer durch eine Politik der weiteren Arbeitsteilung im Sinne kurz-sichtiger betriebswirtschaftlicher Kostenüberlegungen diese Qualifikation in Frage stellt, beseitigt damit die Grundlagen unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Diese Einsicht sollte nicht nur Anlaß geben, die stecken-gebliebene Reform der beruflichen Bildung wieder aufzugreifen. Sie ist von genauso großer Bedeutung für die Betriebspraxis. Was nützt die beste berufliche Ausbildung, wenn Qualifikationen anschließend bei der täglichen Arbeit nicht mehr abverlangt werden?

Einen Beitrag dazu kann die Tarifpolitik leisten, z. B. in der Beseitigung unterer Lohngruppen, die lediglich auf monotone, repetitive Teilarbeit zugeschnitten sind. Mit anderen Worten: Es ist unsere Aufgabe, den Unternehmern schon den Anreiz weiterer Arbeitszergliederung zu nehmen, indem niedrige Lohngruppen für unqualifizierte Arbeit abgebaut werden.

Eine andere Notwendigkeit liegt darin, im Rahmen der tariflichen Eingruppierungsmerkmale den gewandelten Arbeitsanforderungen Recht zu tragen. Da gibt es beispielsweise Tarifverträge, in denen körperliche Beanspruchung Grundlage für eine Höhergruppierung darstellt, nicht jedoch die nervliche Belastung. Und dies, obwohl gegenwärtig der Gesundheitsverschleiß durch nervliche Belastung eine größere Gefahr darstellt als körperlich anstrengende Arbeiten. Deshalb wird es notwendig, die vorhandenen Eingruppierungsmerkmale zu verändern.

3. Schließlich sei in diesem Zusammenhang die gewerkschaftliche Forderung nach einheitlichen Entgelt-Tarifverträgen für Arbeiter und Angestellte erwähnt. Nur so ist Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit gewährleistet. Wenn die Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten schon immer höchst fragwürdig war, so wird sie angesichts der technischen Entwicklung, die vor dieser Grenze nicht halt macht, endgültig zur Farce.

#### V. Arbeitszeitverkürzung

Zuvor erscheint eine grundsätzliche Bemerkung angebracht. Gewerkschaften wie Betriebsräte sehen sich, wenn sie gegen unsoziale Folgen der Rationalisierung Stellung beziehen, oftmals dem Vorwurf ausgesetzt, sie wollten den technischen Fortschritt verhindern. Demagogische Vokabeln wie "Maschinenstürmer" oder "Heizer auf der E-Lok" machen dann die Runde.

Derartigen Vorwürfen liegt in der Regel ein einfaches Schema zugrunde: Da ist irgendwo eine Technik entwickelt worden; oft heißt es dann: "Diese Technik kommt" - als sei dies Gottes Fügung oder ein Naturereignis. Ausgeblendet bleibt die Frage, in wessen Interesse bestimmte neue Techniken entwickelt werden.

Sodann muß diese so entwickelte und angebotene Technik im Betrieb eingesetzt werden. Auch hier blendet man die Frage, in wessen Interesse denn neue Techniken eingesetzt werden, geflissentlich aus der Betrachtung aus. Das ganze wird dann als "Fortschritt" ausgegeben. Wer daran Kritik übt, gilt als Fortschrittsfeind.

Auf diese Weise bleibt ausgeklammert zum einen, in wessen Interesse neue Techniken entwickelt und eingesetzt werden, zum anderen, mit welchen sozialen und gesellschaftlichen Folgen neue Techniken bei bestimmter Nutzungsweise verbunden sind.

Und genau an dieser Frage setzen die sozialen und politischen Konflikte ein. Für die Gewerkschaften gilt von alters her: Wir haben nichts gegen Rationalisierung. Der Begriff 'Rationalisierung' kommt von ratio, d. h. Vernunft. Welcher Arbeiter und Angestellte hätte etwas dagegen, Produktion und Arbeitsabläufe vernünftiger zu gestalten? Nur meinen wir, daß die Produktionsgestaltung erst dann sinnvoll ist, wenn sie den Produzenten, also der Mehrheit unseres Volkes dient.

Daher sind wir der Meinung, daß wir, die Arbeiter und Angestellten, zu allererst davon profitieren müssen, wenn aufgrund unserer Hände und Köpfe Arbeit neue Produktionsmethoden entwickelt werden. Daher reklamieren wir für uns ein Recht auf Mitbestimmung bei Einführung neuer Arbeitsmethoden und neuer Techniken. Daher beanspruchen wir ein Recht auf mehr Freizeit, wenn die Produktion durch den Einsatz neuer Techniken geschwinder läuft. Daher machen wir ein Recht auf menschengerechte Arbeitsbedingungen geltend, wenn die Arbeit durch neue Fertigungsmethoden leichter gestaltet werden kann.

Erst dann, wenn Rationalisierungen im Interesse derer eingesetzt werden, die sie überhaupt erst geschaffen haben - erst dann sind wir berechtigt, von Fortschritt zu reden. Neue Techniken im Dienste der Kostensenkung, auf Kosten von Arbeitsplätzen, von Arbeitsbedingungen und Qualifikationsmöglichkeiten - dies ist kein Fortschritt, sondern Rückschritt.

Deshalb gilt: Wir haben gar keinen Anlaß, uns zu entschuldigen, wenn wir als Betriebsräte und Gewerkschaften Forderungen anmelden mit dem Ziel, neue Techniken in den Dienst unserer Interessen zu stellen. Wir verhindern damit nicht den Fortschritt; im Gegenteil: Wir schaffen damit erst die Grundlage, daß neue Techniken gesellschaftlichem Fortschritt dienen.

Aus diesem Hintergrund fordern wir unter anderem spürbare Arbeitszeitverkürzung, und zwar mit vollem Lohnausgleich.

Um es auf einen einfachen Nenner zu bringen: Wenn morgen am gleichen Arbeitsplatz das gleiche Produktionsergebnis in 6 Stunden erarbeitet wird wie heute noch in 8 Stunden, dann können und müssen morgen alle mehr Freizeit bekommen - statt daß jeder Siebte auf die Straße fliegt. Und da wir in den 80er Jahren vor einer Welle zusätzlicher Rationalisierungen, vornehmlich im Angestelltenbereich, stehen (Experten reden von einer dritten industriellen Revolution), gewinnt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung erhöhte Aktualität.

Nun gibt es sicherlich die unterschiedlichsten Methoden, angefangen von der Herabsetzung der Altersgrenze über die Einführung des 10. Schuljahres bis zur Gewährung von Bildungsurlaub und Verlängerung des Erholungsurlaubs und zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Versucht man, einen Vergleich zu ziehen, so gilt nach wie vor die Erkenntnis: Die wirksamste Methode liegt darin, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche für alle.

Auch hier gilt es, sich nicht Scheinalternativen aufdrängen zu lassen, etwa nach dem Muster: Wir setzen die Altersgrenzen herab, arbeiten aber weiterhin unter zunehmendem Druck in den Betrieben 40 und mehr Stunden. Die Folge wäre, daß wir zwar früher die Rente beziehen, sie aber abgearbeitet, krank und ausgepowert nicht mehr genießen können. Nein, im gleichen Zuge ist es im Interesse des Gesundheitsschutzes wie zur Vermehrung der privaten Freizeit notwendig, auch die Wochenarbeitszeit zu

senken, also die 35-Stunden-Woche zu verwirklichen.

Zwar werden wir allein mit tarifvertraglicher Arbeitszeitverkürzung nicht die Vollbeschäftigung wiederherstellen können. Diese Illusion haben wir auch nicht erzeugt. Doch die tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeit, namentlich die 35-Stunden-Woche, ist ein wichtiges und unverzichtbares Mittel, um ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei fortgesetzter Rationalisierung zu verhindern.

Und da mache sich keiner etwas vor: Wir werden bereits in wenigen Jahren die 2-, ja die 3-Millionen-Grenze in der Arbeitslosenstatistik überschritten haben, wenn wir nicht hier und heute energische Schritte zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit unternehmen.

#### VI. Spezieller tarifvertraglicher Schutz vor unsozialen Rationalisierungsfolgen

Rationalisierungen und Rationalisierungsschübe hat es schon immer gegeben. In den 50er und 60er Jahren sind sie vornehmlich durch Sozialpläne aufgefangen worden: Überbrückungsgelder, Umschulungsbeihilfen, Abfindungen wurden vereinbart. Dies war und ist eine wichtige Errungenschaft der Montan-Mitbestimmung, die auch in Zukunft noch von bleibendem Wert sein wird. Seit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 hat der Betriebsrat bei der Aufstellung eines Sozialplans ein Mitbestimmungsrecht.

Doch so wichtig Sozialpläne sind - in Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit, in Zeiten technischer Umwälzungen, in Zeiten niedrigen Wirtschaftswachstums reicht es nicht aus, sich Arbeitsplatz und Beruf gleichsam durch Bares abkaufen zu lassen. Über finanzielle Abfederungen müssen wir hinauskommen. Was nützt die beste Abfindung, wenn rechts und links die Kollegen gleichfalls auf die Straße fliegen? Was nützt die beste Umschulungsbeihilfe, wenn wir nicht wissen, in welchen Beruf sich der betroffene Kollege denn umschulen lassen soll? Angesichts dieser Entwicklung wird es notwendig, über Sozialpläne hinaus einen höheren Bestandsschutz der Arbeitsplätze, des Berufs und des Einkommens durchzusetzen. Im Grunde geht es darum, die Verfügungsgewalt über die Verteilung der Arbeit, über die Arbeitsorganisation, über Entlassungen und Versetzungen der mitbestimmenden Kontrolle des Betriebsrats und der Gewerkschaft zu unterwerfen. Dem Unternehmer muß ein Stück seiner Verfügungsgewalt genommen werden, und zwar über die Kontrollmöglichkeiten des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus.

Dies klingt revolutionär, ist jedoch bereits anhand einzelner Tarifverträge Wirklichkeit geworden - wenn auch bisher nur in wenigen Tarifbereichen:

### 1. Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer

Wenn Entlassungen anstehen, trifft es in aller Regel zunächst die weniger Leistungsstarken, darunter vornehmlich die älteren Arbeiter und Angestellten. Sie sind dann auch diejenigen, die die größten Schwierigkeiten haben, wieder einen Arbeitsplatz zu finden. Welche Strategie dahintersteckt, offenbarte vor kurzem recht eindrucksvoll der Betriebsleiter eines Bosch-Betriebes: "Wir können unsere Arbeitsplätze nur dann sichern, wenn das Durchschnittsalter der Arbeitnehmer nicht über 35 Jahre steigt. Ältere Arbeitnehmer werden wir versuchen außerhalb des Hauses in umliegenden Firmen unterzubringen." Aus diesem Grunde ist es notwendig, für einzelne Beschäftigtengruppen, vornehmlich für ältere Arbeiter und Angestellte, einen verstärkten Kündigungsschutz zu vereinbaren. Dies ist tarifvertraglich möglich, wie die IG Metall im Lohnrahmentarifvertrag II in Baden-Württemberg bereits in der ersten Hälfte der 70er Jahre bewiesen hat. Dazu eine Randbemerkung: Es kennzeichnet das Kräfteverhältnis in diesem Lande, daß derartige Tarifergebnisse bisher nicht im Verhandlungswege auf andere Tarifbezirke übertragen werden konnten (mit Ausnahme eines Firmentarifvertrages bei VW).

### 2. Tarifvertraglicher Abgruppierungsschutz

Im Frühjahr 1978 hat die IG Metall in Baden-Württemberg einen Arbeitskampf führen müssen, bei dem es um die Vereinbarung eines tarifvertraglichen Abgruppierungsschutzes ging. Die Tarifforderung geht auf die Erkenntnis zurück, daß sich im Zuge der technischen Entwicklung zahlreiche Arbeiter mit qualifizierter Arbeit bei Einsatz neuer Maschinen anderen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sehen mit der Folge, daß die Betriebsleitung sie über Nacht zwei oder drei Lohngruppen tiefer eingruppiert hat. Eine ähnliche Entwicklung wird dem Angestelltenbereich in den 80er Jahren bevorstehen, und zwar auf breiter Front.

Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiter und Angestellten nicht in mehrfacher Weise die Betroffenen von technischen Veränderungen sein dürfen, über die sie nicht entscheiden. Wenn der Unternehmer neue Maschinen aufstellt oder andersartige Fertigungsmethoden einführt, kann er den betroffenen Arbeitern und Angestellten nicht noch das zusätzliche Opfer auflasten, niedrigeres Einkommen hinzu-

nehmen. Aus diesem Grunde sind Tarifverträge anzustreben, die den bisher erreichten tariflichen Eingruppierungsbesitzstand im Zuge technischer Änderungen erhalten. Dies ist möglich in Gestalt eines individuellen Abgruppierungsschutzes: Verbot der Abgruppierung einzelner Arbeitnehmer, deren Arbeitsplatz durch technische Neuerungen verändert wird. Einen solchen individuellen Abgruppierungsschutz hat die IG Metall in Baden-Württemberg nach einem Arbeitskampf im Frühjahr 1978 durchgesetzt. Darüber hinaus ist ein kollektiver Abgruppierungsschutz denkbar, der den Arbeitgeber verpflichtet, das bisherige Lohn- und Gehaltsniveau zu erhalten, also die Qualifikationsstruktur der Belegschaft nicht nach unten zu verändern.

### 3. Gesundheitsschutz

Neue Techniken, vornehmlich im Gewande der Büro-rationalisierung, führen oftmals zu erhöhter nervlicher Belastung. "Der Bildschirm übt einen Sog auf die Mitarbeiter aus, Arbeitsvorgänge zügig durchzuführen und zu beenden. Anders gesagt: Es entsteht zwangsläufig der psychische Druck, einen Arbeitszusammenhang abschließen zu wollen." Dies erklärte vor einiger Zeit ein Mann, der es wissen muß: ein Vorstandsmitglied der Firma IBM. Deutlicher kann nicht zum Ausdruck gebracht werden, mit welchem nervlichen Verschleiß beispielsweise die Arbeit an Bildschirmgeräten verbunden ist. Hinzu kommen Augenbelastungen, namentlich bei kontinuierlicher Arbeit an Sichtschirmgeräten mit überwiegendem Blickkontakt.

Gewerkschaftliche Tarifforderungen, teilweise durchgesetzt, konzentrieren sich vornehmlich darauf, die Arbeit an Bildschirmgeräten mit überwiegendem Blickkontakt zu begrenzen, und zwar auf 4 Stunden am Tag. Um zu verhindern, daß dies etwa zur vermehrten Einführung von Teilzeitarbeit mißbraucht wird, sind Mischarbeitsplätze zu schaffen, die es ermöglichen, daß die betroffenen Arbeiter und Angestellten noch andere Arbeiten übernehmen.

Bildschirmarbeit muß zusätzlich durch Pausen unterbrochen werden, und zwar stündlich mindestens 10 Minuten. Wer am Bildschirm arbeitet, muß ferner auf Kosten des Arbeitgebers einer regelmäßigen augenärztlichen Untersuchung unterzogen werden.

Es ist kennzeichnend für unsere Wirtschaftsordnung, daß jeder Unternehmer selbstverständlich die Bedienungs- und Wartungsanleitungen des Maschinenherstellers 100 % befolgt und bei geringsten Störungen den Wartungsdienst einsetzt. Auch ohne Störungen wird teures Gerät regel-

mäßig überprüft. Beim Menschen soll dies jedoch anders sein! Da angeblich noch keine gesicherten medizinischen Kenntnisse über die Augenbelastung an Bildschirmgeräten vorliegen, weigern sich Unternehmer bis zur Stunde, die vorstehend genannten Forderungen zu akzeptieren. Mit anderen Worten: Das Kind muß erst in den Brunnen gefallen sein, ehe sich in den Betrieben etwas ändert!

Letztlich gehört in diesen Zusammenhang die gewerkschaftliche Forderung, gesundheitliche Belastungen nicht mehr durch Geld, sondern durch Freizeitausgleich abzugelten. Das gilt beispielsweise auch für Überstunden, soweit es nicht möglich ist, Überstunden gänzlich abzubauen. "Überstunden sind die Summe der Zeit, die später vom Leben abgezogen wird" (Heinz Oskar Vetter).

#### 4. Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats

Gegenwärtig genießen die Betriebsräte bei Einführung neuer Techniken nur in geringem Maße Mitwirkungsrechte; es handelt sich im wesentlichen um die schon erwähnten §§ 90, 91 Betriebsverfassungsgesetz. Sie geben dem Betriebsrat zwar Informationsrechte, doch keine Mitbestimmungsrechte, sondern lediglich ein Veto-Recht, sofern die neuen Techniken zu unzumutbaren Arbeitsbedingungen führen, die noch dazu den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen gröblich widersprechen müssen. Diese Regelung reicht, wie bereits die Vergangenheit gezeigt hat, bei weitem nicht aus.

Daher ist es notwendig, volle Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Einführung neuer Geräte und Techniken durchzusetzen, und zwar mit der Konsequenz eines Verfahrens vor der Einigungsstelle im Falle des Dissens mit dem Arbeitgeber. Ziel muß es sein, daß der Betriebsrat sowohl über die Gestaltung der Arbeitsplätze als auch über die Arbeitsverteilung und die Besetzung einzelner Arbeitsplätze mitzubestimmen hat. Dies sind Forderungen, die sich keineswegs nur an den Gesetzgeber richten; auch tarifvertraglich ist eine Erweiterung der Mitbestimmungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz möglich. Beispiele dazu hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten gegeben. Tarifverträge in der Zigarettenindustrie haben die Mitwirkungsrechte des Betriebsrats bei der Einführung neuer Techniken ausgedehnt.

#### 5. Tarifvertragliche Besetzungsregeln

Einem ähnlichen Ziel wie die Ausdehnung der Mitbestimmungsrechte dienen tarifvertragliche Besetzungsregeln. Es ist möglich und wird in der Druckindustrie praktiziert, durch Tarifvertrag die Besetzung einzelner Ar-

beitsplätze zwingend vorzuschreiben, dies sowohl quantitativ, also dergestalt, daß vorgeschrieben ist, wieviel Arbeiter eine Maschine bestimmten Typs zu bedienen haben, als auch qualitativ, also des Inhalts, daß bestimmte Tätigkeiten nur Arbeitern und Angestellten mit bestimmter Ausbildung übertragen werden dürfen. Bestimmungen dieser Art gibt es seit alters her in den Anhängen zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie. Sie konnten nach einem Arbeitskampf im Frühjahr 1978 darüber hinaus durchgesetzt werden, als es um die Einführung der Techniken der elektronischen Satzherstellung in den Zeitungsbetrieben ging. Qualifizierte Arbeiten der Satzherstellung sind auch im System des elektronischen Lichtansatzes zwingend Fachkräften der graphischen Industrie vorbehalten.

Auch hier ging es keineswegs darum, etwa einem angeblich absterbenden Beruf auch in Zukunft einen Monopolanspruch zu sichern - wie die Arbeitgeber seinerzeit polemisch verbreiteten. Vielmehr soll sichergestellt werden, daß auch in Zukunft berufliche Qualifikationen abgefordert werden. Mit anderen Worten: Es soll verhindert werden, daß neue Techniken zum Vorwand genommen werden, in extremer Arbeitsteilung qualifizierte Berufstätigkeiten aus den Betrieben zu vertreiben. Ein wesentliches Mittel dazu ist es, dem Unternehmer durch zwingende Besetzungsregeln die Übertragung bestimmter Arbeiten an qualifizierte Arbeiter und Angestellte vorzuschreiben.

Ich habe Beispiele genannt, für die bereits tarifvertragliche Erfahrungen vorliegen. Selbstverständlich sind damit die Möglichkeiten, Einfluß auf Arbeitsplatzbesetzung, Arbeitsorganisation und Arbeitsverteilung zu gewinnen, keineswegs erschöpft. Der tarifpolitischen Phantasie zur Fortentwicklung derartiger Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt.

Allerdings dürfen wir dabei nicht aus dem Auge verlieren: Sämtliche Tarifverträge, die auch nur im Ansatz die Verfügungsgewalt des Unternehmers über die Arbeitsorganisation einschränken, zielen in's Herz des unternehmerischen Tabu-Katalogs. Auf breiter Front lassen sie sich aller Voraussicht nach nur in harten sozialen Auseinandersetzungen, also in Tarifkämpfen, durchsetzen. Diesen Kampf aufzunehmen werden wir in den 80er Jahren gezwungen sein, wenn wir Arbeitsplätze und Berufe sichern wollen.

#### VII. Forderungen an den Staat

Tarifvertragliche Antworten alleine reichen nicht aus. Es wäre eine Überforderung der Gewerkschaften, etwa über Ta-

rifverträge Rahmenbedingungen herzustellen, die wieder zur Vollbeschäftigung führen. Selbst eine so wichtige und wirksame Forderung wie die nach Arbeitszeitverkürzung bedarf gesetzlichen Flankenschutzes durch die längst überfällige Reform der Arbeitszeitordnung. Wie anders soll eine schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch Betriebswirklichkeit werden, wenn nicht auf der Grundlage flankierenden Schutzes das Überstundenunwesen eingeschränkt wird, und zwar durch Änderungen der Arbeitszeitordnung?

Der Staat ist in gleicher Weise verantwortlich für die Reform der beruflichen Bildung. Es handelt sich um das Reformwerk, das Mitte der 70er Jahre bereits im Ansatz steckengeblieben ist.

Gleichfalls an dieser Stelle ist die Forderung nach Ausweitung der Mitbestimmung, sowohl der des Betriebsrats nach dem Betriebsverfassungsgesetz als auch der Mitbestimmung im Aufsichtsrat, zu erwähnen. Das sogenannte Mitbestimmungsgesetz von 1976 gewährt, wie bekannt, gerade keine Mitbestimmung.

Andere Erwartungen richten sich an die Forschungsförderung. Ein großer Teil der neuen Techniken, die später in den Betrieben zu Arbeits- und Berufsverlust führen, sind mit Steuergeldern entwickelt worden. Bis zur Stunde ist noch nicht einmal sichergestellt, daß bei Vergabe derartiger Forschungsmittel die Regierung und damit die Öffentlichkeit über die sozialen Folgen informiert werden, wenn die staatlich geförderten Techniken später einmal als serienmäßig angefertigte Produkte in die Betriebe einziehen. An die Adresse des Forschungsministers richtet sich des weiteren die Forderung, neben der Unterstützung einer im Profitinteresse betriebenen Forschung auch eine an Arbeitnehmerinteressen orientierte Forschung zu unterstützen. Es ist ein Trauerspiel, daß das ohnehin schon schmalbrüstig angelegte Programm zur Humanisierung der Arbeit inzwischen infrage gestellt ist.

Letztlich ist es unumgänglich, die Investitionspolitik der Unternehmen und die Einführung technischer Neuerungen unter demokratische Kontrollen zu stellen, d. h. sie einer gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung zu unterwerfen. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Artikel einer Verfassung zitieren:

"Mensch und Technik.

Der Mensch steht höher als Technik und Maschine. Zum Schutz der menschlichen Persönlichkeit und des

menschlichen Zusammenlebens kann durch Gesetz die Benutzung wissenschaftlicher Erfindungen und technischer Einrichtungen unter staatliche Aufsicht und Lenkung gestellt sowie beschränkt und untersagt werden."

Dies habe ich nicht etwa der Verfassung der DDR entnommen, dies ist gültiges Verfassungsrecht im Lande Bremen. Es handelt sich um einen klaren Auftrag zur demokratischen Investitionslenkung. Vermutlich würden die Verfasser jenes Artikels heute Gefahr laufen, unter die Berufsverbote zu fallen.

#### VIII. Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen

Die Analyse der technischen Entwicklung sowie die Formulierung der gewerkschaftlichen Antworten - dies ist das eine. Sich Gedanken über die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen zu machen, ist das andere. Es genügt nicht, Forderungen aufzustellen; wir müssen uns nüchtern Klarheit verschaffen über die Durchsetzungschancen.

Dabei müssen wir feststellen, daß den Gewerkschaften in den letzten Jahren ein immer schärferer Wind in's Gesicht weht. Der Druck in den Betrieben wächst. Die Abwehrfront der Unternehmer ist fester denn je. Ein Tabukatalog der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände verbietet es einzelnen Verbänden, in bestimmten, und zwar für die 80er Jahre entscheidenden Fragen selbständig Tarifverträge abzuschließen. Bei wesentlichen Forderungen drohen die Unternehmer die Aussperrung an, noch ehe die Verhandlungen angelaufen sind. Die jüngste Lohn- und Gehaltsrunde im Frühjahr 1981 dürfte einen Vorgesmack auf die Tarifstrategie der Unternehmer in den 80er Jahren gebracht haben.

Ich meine, drei Antworten sind notwendig:

1. Es wäre falsch, auf bessere Zeiten zu hoffen. Es gibt keine Konjunktur im politischen Kräfteverhältnis, die die Ausgangsbedingungen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen automatisch verbessern würde. Welche Ausgangsbedingungen wir haben, welche Machtpositionen zur Durchsetzung unserer Forderungen wir ausnützen können - dies hängt von uns selbst ab. Abwarten, Stillstand, sich ducken in der Hoffnung auf bessere Zeiten führt lediglich dazu, daß die herrschende Klasse Schritt für Schritt die Felder besetzt, die wir bisher noch inne-

hatten. Gewerkschaftlicher Widerstand wird dadurch nur noch mehr erschwert.

2. Von Heinz Oskar Vetter stammt die Aufforderung: Wir müssen uns auf die eigene Kraft besinnen. Angesichts verschärften Drucks auf die Gewerkschaften wird es notwendig werden, mehr als in der Vergangenheit gewerkschaftliche Kampfkraft zu entwickeln und auch einzusetzen. Zur Erinnerung: Wir alle hätten in diesem Frühjahr noch nicht einmal Abschlüsse in Höhe von 5 % erreicht, hätten nicht die Kolleginnen und Kollegen der IG Metall in zahllosen Warnstreiks den Spielraum für tarifvertragliche Verbesserungen für alle Gewerkschaften erweitert. Wäre es nicht zu diesem Einsatz gekommen, wären die Tarifverträge für uns alle niedriger ausgefallen.

Der Einsatz gewerkschaftlicher Kampfkraft ist umso notwendiger, als die Tarifautonomie hierzulande in Frage gestellt ist, solange den Unternehmern das Unterdrückungsmittel der Aussperrung zuerkannt wird. \*) Dies zwingt uns, vielfältige Formen des Arbeitskampfes zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sei nochmals an die sogenannte neue Beweglichkeit der IG Metall erinnert. Erinnert sei auch daran, daß die Bereitschaft auch von Angestellten gewachsen ist, in Warnstreiks die eigenen Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus gilt es zu erkennen: Der Einsatz der Aussperrung ist ein Angriff nicht nur auf die jeweils betroffene Gewerkschaft, sondern auf alle Gewerkschaften im DGB. Daher sind in Zukunft einheitliche Reaktionen bei Aussperrungen notwendig. Die Politik des Beiseite-Tretens, des stellvertretenden Leidens wird die Unternehmer nur ermutigen, das Mittel der Aussperrung noch dreister einzusetzen. Vielmehr müssen "die Arbeitgeber spüren, daß sie nicht einzelne Gewerkschaften mit Aussperrung bestrafen können, ohne zugleich auf den geschlossenen Widerstand aller im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften zu stoßen" (Heinz Oskar Vetter).

3. Damit bin ich beim letzten Punkt: Es ist notwendig, die eigenen Kräfte stärker zu konzentrieren. Anknüpfend an die zurückliegenden Lohnrunden werbe ich die Frage auf, warum nicht die Warnstreiks in der Metallindustrie durch entsprechende Aktionen in anderen Wirtschaftszwei-

\*) Siehe dazu Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen: Sozialethische Überlegungen zur Aussperrung, Christ und Sozialist 2/1980

gen unterstützt wurden. Durch eine solche Ausweitung des Konflikts hätte die Chance bestanden, die Verhandlungsbedingungen für uns alle zu verbessern. Dies ist umso notwendiger, als die Unternehmer in strenger Abstimmung untereinander in die Tarifverhandlungen gehen.

Dies gilt erst recht für mittelfristige Tarifforderungen, etwa für Fragen der Arbeitszeitverkürzung. Während des Stahlarbeiterstreiks im Winter 1978/79 wurde erkennbar: Die Stahlindustriellen widersetzten sich der Forderung nach der 35-Stunden-Woche nicht nur "im eigenen Interesse", wie ihr Sprecher allabendlich vor dem Fernsehen erklärte, "sondern zugleich im Interesse der Arbeitgeberverbände und der deutschen Wirtschaft insgesamt". Deutlicher kann die zentrale Abstimmung auf Unternehmerseite nicht dokumentiert werden.

Das Ende des Stahlarbeiterstreiks zeigt zugleich, daß selbst die größte Gewerkschaft, auf sich allein gestellt, angesichts der geballten Macht der Gegenseite, der Halbherzigkeiten im politischen Lager und der Gegnerschaft in einem großen Teil der Medien derartige Forderungen nicht durchsetzen kann. Aus diesem Grunde ist eine Abstimmung und gegenseitige Unterstützung der Gewerkschaften im DGB unabweisbar. Nicht zuletzt deshalb hat der Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik seinen Hauptvorstand aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß der DGB eine konzertierte Aktion zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche einleitet.

Wir stehen letztlich vor der Wahl, isoliert aufgerieben zu werden oder geschlossen Gegenwehr zu leisten. Die soziale Demontage steht nicht erst bevor, etwa durch Rücknahme gesetzlicher Reformen, sie ist in den Betrieben bereits im vollen Gange, vornehmlich im Gewande der Rationalisierung.

Daß es möglich ist, Widerstand zu entwickeln, zeigen die Arbeitskämpfe der letzten Jahre. Dies zeigt insbesondere die erhöhte Einsatzbereitschaft auch solcher Arbeitnehmergruppen, bei denen man dies vor Jahren noch nicht erwartet hätte. Ich erinnere an Warnstreiks im Einzelhandel, an Aktionsbereitschaft von Verkäuferinnen und Verkäufern. Ich erinnere an Warnstreiks der Redakteure an Tageszeitungen, als es im Herbst 1980 um den Abschluß eines neuen Manteltarifvertrages mit den Zeitungsverlegern ging. Dies sind Zeichen, die uns Mut machen. "Nicht die Politik der gutgläubigen Partnerschaft, sondern die politische und gewerkschaftliche Kampfkraft der Arbeiterbewegung kann allein den Teufelskreis zerschlagen, der aus der Wechselwirkung von Krise und politischer Reaktion entsteht." (Heinz Oskar Vetter)

## BUCHBESPRECHUNGEN

*Stephan Wehowsky: Religiöse Interpretation politischer Erfahrung. Eberhard Arnold und die Neuwerkbewegung als Exponenten des religiösen Sozialismus zur Zeit der Weimarer Republik, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1980*

Nach der Dissertation von Antje Vollmer, 1973 an der Freien Universität Berlin vorgelegt, wurde nun eine zweite wissenschaftliche Arbeit über die Neuwerkbewegung publiziert, die an der Theologischen Fakultät der Universität Marburg entstanden ist.

Während die Arbeit von Antje Vollmer die Bewegung des Neuwerk in ihrem historischen Verlauf darstellt und in die geistigen und sozialen Strömungen der Zeitgeschichte einbettet, verfährt Wehowsky zwar im ersten Teil seiner Untersuchung ähnlich; das eigentümliche und bezeichnende Element seiner Schrift findet sich jedoch im zweiten Teil unter der Überschrift "Analysen". Hier werden Geschichte und Intentionen des Neuwerk an spezifischen Maßstäben gemessen und zu leicht befunden.

"Religiöse Interpretation politischer Erfahrung" bedeutet im Sinne dieser Untersuchung: Die durch den Ersten Weltkrieg und seine Folgen bewirkten Erschütterungen drängten auf religiöse Besinnung, und von der religiösen Grundbeziehung aus wurde wiederum nach Wegen gesucht, wie "Gott im gesellschaftlichen Bereich erfahrbar" werden könnte (132). Der Autor bezeichnet diese Bemühung als "das Grundproblem des religiösen Sozialismus" (ebd.). Daß hier ein theologisches Problem liegt, hängt u. E. mit dem Säkularisierungsprozeß der letzten Jahrhunderte zusammen. Nach der Auffassung Hegels, die Wehowsky zitiert, "beginnt dieser Prozeß schon im 15. Jahrhundert" (ebd.). Nun ist dies aber ein mehrere Jahrhunderte währender Vorgang, der sich in Schüben vollzieht; während dieser Zeit dauert die Wirkung des christlich-traditionell geprägten Weltbildes zunächst unvermindert fort. Erst nach voller Entfaltung der Aufklärung am Ende des 18. Jahrhunderts, nach der französischen Revolution und mit der zu diesem Zeitpunkt einsetzenden vollen Entwicklung der modernen Technik und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verliert in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts das alte Weltbild seine Kraft. "Die Vervollständigung des Wissens also baut eine Welt, innerhalb derer der Glaube nicht mehr am Platze zu sein scheint, da sich diese Welt nicht mehr ihrer Beziehung zu Gott, sondern ihrer Beziehung zum Menschen verdankt. Diese Welt wird mit rationaler Methodik beherrscht, die schließlich

nicht mehr allein auf die Natur, sondern auch auf die menschliche Gesellschaft angewendet wird: die französische Revolution sollte die Vernunft in den Beziehungen der Menschen untereinander konstituieren" (ebd.).

Nach Wehowsky steht nun der religiöse Sozialismus der verschiedenen Strömungen einschließlich des Neuwerk als ein "Neuansatz zur Theologie des 19. Jahrhunderts in Diskontinuität: Sie empfanden die soziale Frage als Gericht Gottes am Christentum" (132/33).

Wehowsky analysiert die Antworten, die die führenden Persönlichkeiten des Neuwerk auf die gesellschaftliche Fehlentwicklung gegeben haben. Der Autor stellt fest, daß sie, an seinen Kriterien gemessen, nicht genügen. "Neuwerk hat es nämlich nicht geschafft, seine Ideen so zu verdeutlichen, daß daraus eine größere Bewegung, die anfangs durchaus für möglich gehalten worden war, entstanden wäre" (136). Nach der Auffassung des Verfassers "läßt sich der Eindruck nicht von der Hand weisen, daß der starke Einfluß der Barth'schen Theologie es verhinderte, daß auch ein für Nicht-Theologen einsichtiger Zusammenhang zwischen Politik und Glauben hergestellt wurde" (ebd.). Der Autor führt diese nachhaltige Wirkung Barth's auf dessen Vortrag "Der Christ in der Gesellschaft" in Tambach im Herbst 1919 zurück. Barth's scharfe Absage an jedes "Bindestrich-Christentum", auch an das sozialistische, habe dazu geführt, daß konkrete politische Entscheidungen aus erkannten sozialen und politischen Zusammenhängen nicht getroffen wurden, denn "Eberhard Arnold und Neuwerk neigten dazu, eine Umwälzung der Gesellschaft nicht der Gesellschaft selber zuzutrauen; eine Neuordnung war für sie nicht durch rational-politischen Zugriff möglich" (133).

Eberhard Arnold zeigte sich von Gustav Landauers "Aufruf zum Sozialismus" (1911) tief beeindruckt, denn Landauer ging von einem geistgewirkten Zusammenleben von Menschen aus, das in bestimmten Epochen menschlicher Geschichte existierte. Im Kapitalismus hingegen gibt es kein geistbestimmtes Zusammenleben, sondern nur ein zwanghaftes. Der Kapitalismus kann daher kein vom Geiste bestimmtes, freiwilliges Zusammenleben der Menschen hervorbringen. Daher Landauers Empfehlung, "aus dem Kapitalismus auszutreten" und auf dem Lande möglichst an vorkapitalistische Gemeinschaftsformen organischer Art anzuknüpfen. Eberhard Arnold hat diesem keineswegs christlich-religiös gemeinten Geist- und Gemeinschaftsbegriff seine urchristlichen Vorstellungen unterlegt. Die Siedlungsgemeinschaft besteht jenseits des Kapitalismus und wird von Eberhard

Arnold mit dem heiligen Geist im christlichen Sinne verknüpft. Die vom Geiste bestimmte Gemeinschaft gewährt die Möglichkeit der Erfahrbarkeit Gottes "jenseits der bestehenden Gesellschaft" (134). Bei Barth dagegen gründet sich die Erfahrbarkeit Gottes allein auf den Umgang mit den Bibeltexten. Nach Wehowskys Auffassung hat Neuwerk diesen Standpunkt weithin übernommen und Bibelarbeit anstatt der Klärung politischer Stellungnahmen für ausreichend erachtet.

Die Barth'sche Stellungnahme ist nicht gefährdet, denn sie ist aus dem geschichtlichen Zusammenhang herausgenommen; daher wagt sie nicht, sich in Prognosen und Beurteilungen der Zeitsituation auch zu irren. Wenn aber nach Barth, wie Wehowsky feststellt, "die Welt Schöpfung Gottes ist, dann muß dieser göttliche Grund doch irgendwo erfahrbar sein. Die Aufgabe der Theologie wäre es dann doch gerade, Kriterien für diese Erfahrung zu entwickeln" (135). Wenn daher Neuwerk bis zu einem gewissen Grade durch den Einfluß der Barth'schen Theologie gehemmt worden ist, wirksame Stellungnahmen zu politischen Problemen zu erarbeiten, so zeigt sich diese in den Auswirkungen seiner Gesamthaltung. In den Hohlraum - weil "ein erfahrbarer Zusammenhang von Gott und Welt nicht hergestellt wurde" (136) - drang der Versuch anderer Aktivitäten ein.

Die Beziehung von säkularer Anknüpfung zur Erfahrbarkeit Gottes in der Welt (und der Gesellschaft) kann auch Hermann Schafft, die führende Persönlichkeit Neuwerks seit 1924, nicht sinnfällig machen. Der Zusammenhang von Schuldbewußtsein und Rechtfertigung läßt für Schafft überall im gesellschaftlichen Handeln neue Schuldverstrickung erkennen, so daß es nicht möglich ist, sich auf einzelnes konkretes Engagement einzulassen. Nur Emil Blum, der Schöpfer des Volkshochschulheims Habertshof, gewinnt aus den genannten Engpässen einen Weg ins Freie. Weil Gott als Liebe in Jesus Christus erfahren werden kann, hat er "ein kritisches Prinzip der Beurteilung (und Befragung) geschichtlicher Prozesse" (137). Allerdings setzt sich Blum der Gefahr aus, die Beurteilung aller Prozesse auf das Merkmal, in welchem Umfange sich in ihnen Liebe verwirklicht, einzunengen.

Wenn der Verfasser zu dem Schluß kommt, daß Neuwerk nicht imstande war, die Grundprobleme des religiösen Sozialismus, "die Frage nach der Erfahrbarkeit Gottes in politisch-sozialen Zusammenhängen hinreichend zu beantworten", so räumt er doch ein, daß "der Gottesbegriff dennoch jedesmal eine Erfahrung ausgedrückt habe, die etwas mit den gesellschaftlichen Prozessen zu tun hatte". Die "Stimmungs-

lage nach dem 1. Weltkrieg, ihr Zusammenhang mit der Gottesdiskussion" habe freilich gezeigt, daß bestimmte politische Impulse von 1918 nicht umgesetzt worden seien.

Wichtig ist der Hinweis des Autors auf den Expressionismus, der religiöse Erfahrungen außerhalb des etablierten Christentums mit christlichen Symbolen ausgelegt habe, weil "diese offenbar am präzisesten die gemachten Erfahrungen beschrieben" hätten (138). Hier wäre aber zu bedenken, daß diese Kunstrichtung, wie überhaupt die "Stimmungslage" nach dem 1. Weltkriege nur ganz bestimmte Kreise - Künstler, Intellektuelle und Teile der bürgerlichen und proletarischen Jugend - erfaßt hat, daß die über diese Kreise hinausgehende Erschütterung nur kurze Zeit dauerte, und daß die soziale Erschütterung, z. B. durch die Inflation - die den damaligen Mittelstand entwurzelte und einen Nährboden für Hitlers Propaganda zubereitete - wohl soziale Ressentiments erzeugte, jedoch keine nachhaltige religiöse Erschütterung.

Die Tätigkeit von Emil Blum, der Bau und die Arbeit des Volkshochschulheims, wird vom Verfasser angemessen gewürdigt. Theoretisch aber gelang es - seiner Auffassung nach - allein Paul Tillich, Gott in den politisch-sozialen Zusammenhängen erfahrbar auszusprechen. Zwar konstatiert Wekowsky auch bei Schafft und Blum Weltoffenheit, die das kritische Bewußtsein der wissenschaftlich-technischen Moderne in den Gottesbegriff einbezieht, ein "Vertrauen, daß Gott dem kritischen Bewußtsein standhält" (144). Nur Tillich aber vermag aus gegenwärtiger religiöser Erfahrung die angemessene Formulierung zu finden und zugleich die Brücke zur Tradition zu schlagen. Daß die Probleme der Gesellschaft in allen Bereichen eine religiöse Dimension haben, daß die "Aussagen über Gott symbolisch sind" (147), führt bei Tillich ohne verzerrende Schwierigkeit zum religiösen Sozialismus. Tillich erreicht es, religiös begründete Kriterien politischen Handelns zu entwickeln. So führt für den Verfasser von Tillich auch der Weg zur gegenwärtigen Gottesdiskussion.

Im Hinblick auf die angewandten Kriterien wird man dem Autor nicht gut widersprechen können. Neuwerk hat das Schuldigwerden im konkreten Entscheidungsvorgang nicht hinreichend gewagt. Zu bedenken wäre freilich auch, daß gerade Tillich gezeigt hat, daß es zwar gilt, soweit als möglich Gott erfahrbar zu machen, daß aber Entscheidung und konkretes Handeln im Hinblick auf ihre religiöse Dimension niemals völlig in den gesellschaftlichen Zusammenhängen aufgehen dürfen.

Neuwerk hat - zumindest in seiner Zeitschrift - noch bis zum

Jahr 1935 gelebt; das Ende der Zeitschrift kam vermutlich ihrem Verbot zuvor. Es liegt eine gewisse Willkür darin, daß Wehowsky seine Darstellung mit dem Jahr 1933 abschließt. Gerade 1933 - 1935 haben Versuche der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus stattgefunden. Auch die Beurteilung der Zeit von 1925 - 1930 ist nicht völlig zutreffend. Die 150 Teilnehmer der Schlüchterner Pfingsttreffen 1925 oder 1927 haben möglicherweise ein tiefer begründetes Pfingstfest veranstaltet, als die 500 von 1920 - 1923. Ich kann mich an in die Tiefe dringende Gespräche z. B. im Jahr 1927 erinnern.

1931/1932, in der Zeit der Gemeinsamkeit mit dem Leuchtenburgkreis wie der wechselseitigen Publikationen in den Neuen Blättern für den Sozialismus und im Neuwerk, sind einige Versuche einer Verbindung zwischen Politik und Glauben in nüchterner Weise unternommen worden. Diese wenigen Jahre beachtet Wehowsky nur ungenügend. Im Zeitschriftenverzeichnis sind die Neuen Blätter für den Sozialismus nicht aufgeführt.

Stephan Wehowsky hat einen nicht immer leicht zugänglichen aber wichtigen Beitrag zur geistigen und religiösen Situation der Epoche der Weimarer Republik gebracht. Er hat - nach Antje Vollmer - einen Personenkreis und eine Bewegung der Vergessenheit entrissen, die es bei aller Unzulänglichkeit verdient hat, daß man gerade im Blick auf die heutige Situation des religiösen Sozialismus es lernt, aus dieser Unzulänglichkeit die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Marie Hirsch

*Friedrich-Wilhelm Marquardt: Der Christ in der Gesellschaft 1919 - 1979. Geschichte, Analyse und aktuelle Bedeutung von Karl Barths Tambacher Vortrag. (Theologische Existenz heute, 206). Chr. Kaiser Verlag München, 1980*

Etwa einhundert Freunde des religiösen Sozialismus machten sich im September 1919 auf den Weg nach Thüringen, um an der berühmt gewordenen "Tambacher Konferenz" teilzunehmen. Diese "Konferenz" war einer der ersten Versuche deutscher und schweizerischer religiöser Sozialisten, voneinander zu lernen und Möglichkeiten eines gemeinsamen Weges aufzuspüren.

Drei Themenkreise sollten in Tambach zur Sprache kommen:  
1. "Der Christ in der Kirche", 2. "Der Christ im Staat"

und 3. "Der Christ in der Gesellschaft". Jedes der drei Themen wurde von zwei Referenten bearbeitet: jeweils von einem deutschen und einem schweizerischen Religiös-Sozialen. Die deutschen Organisatoren hatten verschiedene Richtungen des schweizerischen religiösen Sozialismus eingeladen. Leonhard Ragaz mußte schließlich aus gesundheitlichen Gründen absagen. Auch Karl Barth war zur "Tambacher Konferenz" eingeladen worden. Sein Vortrag über "Der Christ in der Gesellschaft" hat auf der Konferenz das größte Echo gefunden; er hat Weichen gestellt, sowohl bei denen, die seine Thesen verwarfen als auch bei denen, die seine Reflexionen zu rezipieren versuchten.

F.-W. Marquardt geht in einer neuen Studie der Vorgeschichte, dem Verlauf und der Nachgeschichte der "Tambacher Konferenz" nach (7 - 37). Er zeigt auf, daß die Teilnehmer der "Tambacher Konferenz" die unterschiedlichsten Erwartungen an das Zusammentreffen hatten. Sowohl die theologischen als auch die politischen Positionen gingen recht weit auseinander; gemeinsam war allen Teilnehmern eigentlich nur der Impuls, nach neuen Wegen christlicher Beteiligung in Gesellschaft, Kirche und Staat zu suchen.

Als eine relativ einheitliche Gruppe erschienen den deutschen Teilnehmern "die Schweizer" (neben Barth waren u. a. Hans Bader, Rudolf Liechtenhan, Eduard Thurneysen angereist). Daß es unter den schweizerischen Religiös-Sozialen unterschiedliche Richtungen gab, ist den meisten Deutschen damals nicht recht deutlich geworden.

Die Reaktionen der deutschen religiösen Sozialisten auf die Vorträge und Diskussionsbeiträge "der" Schweizer bezogen sich vor allem auf Barths Vortrag. Otto Herpel, einer der Initiatoren der Tagung, versuchte eine positive Rezeption. Erhebliche Kritik übte demgegenüber Carl Mennicke aus dem Berliner Kreis um Paul Tillich. Mennicke hatte an der Konferenz teilgenommen, war aber schon abgereist, bevor Barth seinen Vortrag hielt, der dann 1920 gedruckt wurde. Mennicke hatte gegen die auf der Konferenz erkennbar werdenden Akzentsetzungen religiös-sozialistischer Arbeit starke, ins Grundsätzliche gehende Bedenken, vor allem gegen die sichtbar werdende Prägung deutscher religiöser Sozialisten durch die religiös-sozialen Konzeptionen der Schweizer. Dabei stand er dem Ragaz'schen Denken nicht weniger kritisch gegenüber als den Reflexionen Barths.

Der Auseinandersetzung Mennickes und Tillichs mit den theologischen und politischen Positionen der Barth-Gruppe im Gefolge der "Tambacher Konferenz" widmet Marquardt große

Aufmerksamkeit. Er versucht, der entscheidenden Differenz zwischen dem "Ead Boller Typ", d. h. dem Blumhardt'schen Typ des religiösen Sozialismus, zu dem er auch Barth zählt, und dem Ansatz des "Berliner Kreises" auf die Spur zu kommen (30 - 37, 57 - 65, 108 - 120). Für Marquardt zeigt sich die entscheidende Differenz in der unterschiedlichen Beurteilung der Gottesfrage, insbesondere in der unterschiedlichen Sicht des Verhältnisses von menschlicher Autonomie und Heteronomie sowie im unterschiedlichen Verständnis der Eschatologie, d.h. des Kommens des Reiches Gottes.

Bei seiner Analyse der Zielsetzung des Barth'schen Vortrages macht Marquardt deutlich, daß es Barth um die Grundlegung einer Theologie ging, die die Bewegung der Gesellschaft durch Gott zu "begreifen" imstande ist; mithin stellt sein Tambacher Vortrag den Anlauf zu einer Theologie der Gesellschaft dar. Der Ertrag der Barth'schen Reflexionen läßt sich Marquardt zufolge als eine Art von "Drei-Reiche-Lehre" (im Gegensatz zu der lutherischen "Zwei-Reiche-Lehre" mit der Differenz von "geistlichem" und "weltlichem" Regiment) zusammenfassen: Nur wenn Christen 1. die Erfahrungen des einfachen Alltagsdaseins, 2. den Protest der Bergpredigt gegen alle Unterdrückung und 3. den kritischen Hebel des Reiches Gottes ("Jesus ist Sieger!") aufeinander beziehen, kann ihr Sozialismus real werden. Mit alledem versucht Barth, eine Standortbestimmung christlicher Existenz in der krisengeschüttelten bürgerlichen Gesellschaft zu formulieren.

Barth's Vortrag hat keine Impulse für die Sammlung einer religiös-sozialistischen Bewegung in Deutschland ausgelöst, genauso wenig wie die anderen Vorträge. Insofern war die "Tambacher Konferenz" ein Fehlschlag. Aber immerhin: sie hat vorhandene Gegensätze unter den Freunden religiös-sozialistischer Fragestellungen und Positionen ans Tageslicht gebracht, was dann zu ins Grundlegende gehenden Diskussionen über das theologische und politische Selbstverständnis und über die Aufgaben des religiösen Sozialismus geführt hat. Die damaligen Entwürfe und Diskussionen sind bis heute noch nicht angemessen ausgewertet und aufgearbeitet worden. Und doch enthalten sie eine Vielzahl von Anregungen auch für unsere eigenen Versuche, die theologische und gesellschaftliche Identität religiöser Sozialisten in der Gegenwart abzuklären. Vielleicht gelingt es, die Diskussionen von damals produktiv weiterzuführen. Dann könnte die "Tambacher Konferenz", jenes Frühereignis in der Geschichte der deutschen religiös-sozialistischen Bewegung, nachträglich doch noch eine sammelnde Kraft erweisen.

Ulrich Dannemann

## BUNDESNACHRICHTEN

### Bericht über die Tagung "Basisorientierter Sozialismus gestern und heute"

Zu diesem Thema veranstaltete der Bund der Religiösen Sozialisten vom 25.-27.9.1981 eine Tagung im Gustav Stresemann-Institut Haus Lerbach in Bergisch Gladbach, an der etwa 60 Personen - unter ihnen auch Freunde aus Österreich und der Schweiz - teilnahmen.

In seiner Einleitung am Freitagnachmittag erinnerte *Siegfried Katterle* an die Tagung von 1977, auf der Markus Matzmüller über das Programm einer politisch-wirtschaftlichen Neuordnung der Gesellschaft referierte, das Leonhard Ragaz und seine Freunde 1920 veröffentlicht hatten (s. das in CuS 3/1977 publizierte Referat). In diesem sozialistischen Programm wird für den wirtschaftlichen Bereich das Prinzip genossenschaftlicher Organisation vorgesehen: Genossenschaften und föderative Vereinigungen von Genossenschaften sollten eine sozialistische Gesellschaftswirtschaft kennzeichnen ("Sozialismus ist Genossenschaft"). Die Genossenschaftsidee als eine basisorientierte Organisationsform hat in der religiös-sozialistischen Gedankenwelt immer eine große Bedeutung gehabt (s. auch die Vorläufigen Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialisten, Ziff. 1.2).

Dieses Prinzip der Genossenschaftlichkeit ist sicher eine freiheitliche Gegenparole gegenüber einem autoritären Staats-Sozialismus. Andererseits haben Produktionsgenossenschaften oder Lebensgemeinschaften keineswegs immer in genossenschaftlicher Selbstverwaltung funktioniert. Oft haben sich die Mitglieder solcher Genossenschaften Führerpersönlichkeiten (z. B. den Gründern) anvertraut, und die Genossenschaft entartete zu einer autoritär geleiteten Unternehmung.

Darüber hinaus halten Kritiker dem Genossenschaftssozialismus wohl zu Recht das Fehlen eines gesamtwirtschaftlichen Koordinationskonzepts vor. Man kann sich eine Gesellschaftswirtschaft vorstellen, in der die Betriebe ausschließlich als Produktionsgenossenschaften organisiert sind, die untereinander nach kapitalistischen Prinzipien verkehren; jede Genossenschaft würde nach dem maximalen Gewinn streben, wodurch der Gruppenegoismus der genossenschaftlich organisierten Produzenten gezüchtet würde. Manche Vorstellungen und Experimente in der heutigen Alternativszene, die sich als anarchistisch und spontaneistisch verstehen, müssen solche extrem liberalistischen Konsequenzen haben.

Ragaz' Parole, "Sozialismus ist Genossenschaft", greift also zu kurz. Bei aller Neigung zu den von unten ausgehenden Initiativen darf ein basisorientierter Sozialismus nicht die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen übergehen. Er muß Vorstellungen darüber entwickeln, wie die gesamtwirtschaftlichen Koordinationsmechanismen Planung, Verhandlungen und Markt kombiniert werden sollen und welche übergreifenden gesellschaftlichen Institutionen nötig sind, damit Planung und Verhandlungen zustande kommen und der Markt wirksam gesellschaftlich kontrolliert werden kann. Gesamtgesellschaftliche Organisationen wie Gewerkschaften, Industrieverbände und der demokratische

Staat sind dafür unverzichtbare Voraussetzungen. In diesem Zusammenhang verwies Katterle auf die Tagung von 1978, wo über die wirtschaftsordnungspolitischen Vorstellungen Eduard Heimanns gesprochen wurde (s. das in CuS 1/1979 abgedruckte Referat); im Mittelpunkt der Überlegungen Heimanns stand die Frage nach den gesamtwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen einer sozialistischen Gesellschaft.

Religiöse Sozialisten erstreben also ein sozialistisches Konzept, das einerseits die gesamtwirtschaftlichen Steuerungsprobleme befriedigend löst, das andererseits aber den Sozialismus nicht von oben der Gesellschaft überstülpt, sondern ihn basisorientiert aufbaut. Denn die "Mühen der Ebenen", von denen Bert Brecht gesprochen hat, also die Durststrecken beim Umbau der Gesellschaft, die Enttäuschungen und Rückschläge, lassen sich nur verarbeiten und überwinden, wenn die einzelnen durch die Erfahrungen, die sie in ihren unmittelbaren Lebens- und Arbeitsbereichen machen, zur Teilnahme aktiviert und in ihren Hoffnungen ermutigt werden.

Anschließend sprach Klaus Novy über "Sozialisierung von unten. Reformsozialistische Experimente in der Zeit zwischen den Weltkriegen". Novy ging bei der Darstellung genossenschaftlicher Reformversuche von den Erfolgen der Konsumgenossenschaften aus, mit denen es gelang, große Bereiche des Konsums und auch der vorgelagerten Verteilung und Produktion im Interesse der Arbeiterfamilien kooperativ zu organisieren. Er behandelte dann die Bauproduktionsgenossenschaften, die nach 1918 in großer Zahl von arbeitslosen Bauarbeitern gegründet wurden, aber meist aus Mangel an Betriebsvermögen wieder aufgaben oder im Falle des ökonomischen Gelingens in kleinkapitalistischem Betriebsegoismus entarteten ("Oppenheimer'sches Gesetz"). Hier griffen Gewerkschaften und sozialistisch regierte Kommunen ein und gaben Kapitalbeteiligungen zur Gründung der Bauhütten als *Alternative zu den privatwirtschaftlichen Bauunternehmen* (die Bauhütten waren GmbHs, in denen einerseits Merkmale genossenschaftlicher Selbstverwaltung erhalten blieben, andererseits aber durch den gewerkschaftlichen oder kommunalen Einfluß kleinbürgerlichem Betriebsegoismus vorgebeugt wurde).

Nachdem diese Bauhütten zunächst für einen anonymen "freien Markt" produzierten, regten sie bald den organisatorischen Zusammenschluß von Wohnungsnutzern in Wohnungsgenossenschaften an, die sich dann in der DeWoG ihre Finanzierungs- und Planungszentrale schufen. Durch feste Vereinbarungen, Vernetzung von gemeinwirtschaftlichen Bauproduktionsbetrieben und genossenschaftlich organisierten Wohnungsnutzern entstand eine *Alternative zum kapitalistischen Wohnungsmarkt*.

Der Referent erläuterte anhand von Dias zahlreiche Beispiele alternativer Bauproduktion und alternativen Wohnens bis hin zu den eindrucksvollen Bildern aus dem "roten Wien", wo Wohnen als ein öffentliches Bedürfnis anerkannt wurde ("Recht auf Wohnung"), dessen Befriedigung dem Markt entzogen war. Es wurde deutlich, daß Wohnen hier nicht mehr ein partikularisiertes Bedürfnis war, sondern daß in diesen Siedlungen ein neuer Lebensstil geschaffen wurde, der augenfällig in Erscheinung trat (Bedeutung der Gemeinschaftshäuser, Binnenorientierung der Wohnungen zu den gemeinschaftlich genutzten Höfen, großzügige Ausstattung mit

haushaltsbezogener Infrastruktur). -

Am Samstagvormittag gab es nach einer Biblischen Besinnung, die Johannes Harder hielt (abgedruckt in CuS 4/1981) eine intensive Diskussion mit dem Referenten.

Am Samstagnachmittag sprach dann Erhard Eppler über "Chancen eines basisorientierten Sozialismus heute". Eppler ging von den Schwierigkeiten aus, in die unsere Politik der sozialen Sicherung durch die Wachstumskrise gerät. Unser Gesamtsystem ist auf wirtschaftliches Wachstum orientiert, wobei sozialdemokratische Politik darauf ziele, einen Teil der Zuwächse für Zwecke der sozialen Sicherung zu verwenden, um so die gesellschaftlichen Spannungen zu begrenzen. Die Krise des Wachstums - die keine vorübergehende sein wird - bedeute nun zugleich eine Krise der staatlichen Sozialpolitik und ihrer großen Apparate. Der Referent warnte allerdings vor dem Glauben, wir könnten von allen großen Apparaten wegkommen. "Das könnten wir nur um den Preis, daß wir die Gleichheitsforderung der französischen Revolution fallen lassen." Bestimmte Forderungen der Gleichheit (z. B. Sicherung im Alter und im Krankheitsfall, Angleichung der Chancen im Bildungssystem) sind nur durch Gesetze und Bürokratien zu verwirklichen.

Eppler unterschied dann zwischen Experimenten der Alternativbewegung, die mehr als Flucht und Rückzug erscheinen, und anderen Unternehmen, die Zeichen setzen und Modellcharakter gewinnen könnten. Die Alternativbewegung setze da radikal an, wo sie nicht nur die Organisation der Produktion, sondern auch das Produkt ändern wolle (z. B. biologischer Landbau, sanfte Technologien, alternative Dienstleistungen in der Kindererziehung oder der Krankenpflege). Solche Elemente alternativer Ökonomie seien allerdings auf die Dauer nur sinnvoll, wenn in der Gesellschaft selbst über Parteien und Gewerkschaften Veränderungen herbeigeführt werden könnten. Das erfordere z. B., daß eine große Partei sich solcher Themen annehme und daß es gelinge, Parteiprogramme entsprechend zu verändern.

Eppler schlug ein "demokratisch-sozialistisches Subsidiaritätsprinzip" vor, wonach Grundbedürfnisse für alle möglichst egalitär gesamtgesellschaftlich gesichert, darüber hinaus aber gesetzlicher Spielraum und finanzielle Mittel für die Förderung einer Vielfalt von Initiativen zur Ausprägung von Lebensqualität durch solidarische Arbeit kleiner Gruppen geschaffen werden sollen. Angesichts der gesellschaftlichen Kosten von Arbeitslosigkeit sei es durchaus sinnvoll, Produktionsgenossenschaften und alternative Dienstleistungsangebote auch dann zu fördern, wenn sie nach kapitalistischen Maßstäben (vorläufig) nicht rentabel seien.

Am Sonntagvormittag hörten wir eine Biblische Besinnung von Jürgen Finne (sie ist in diesem Heft publiziert) und setzten dann in Arbeitsgruppen und im Plenum das Gespräch über die Themen der Tagung fort, die allen Teilnehmern vielfältige Anregungen boten.

Siegfried Katterle

Treffen der Mitglieder und Freunde des Bundes der Religiösen Sozialisten in Hessen am 8.5.1982

Von vielen Seiten wurde angeregt, daß sich Mitglieder und Interessenten des Bundes der Religiösen Sozialisten im Bereich Hessen treffen sollten. Dieser Anregung folgend, lädt die Regionalgruppe Darmstadt ein zu einer Zusammenkunft

am Samstag, dem 8. Mai 1982, in der Evangelischen Fachhochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12.

Folgender Ablauf ist gedacht:

Anreise bis 8.45 Uhr

9.00 Uhr Erfahrungsbericht der Arbeiterselbsthilfe, Niederursel, über Genossenschaftswesen heute

10.00 Uhr Referat von Jens Harms, Evangelische Akademie Arnoldshain, über das Thema "Genossenschaften - Alternative einer neuen Weltwirtschaftsordnung?"

11.00 Uhr Diskussion

12.00 Uhr Mittagessen. Anschließend Zeit für persönliche Kontakte

14.00 Uhr Gruppenarbeit zum Thema des Vormittags

15.15 Uhr Aussprache im Plenum über die weitere Arbeit der Religiösen Sozialisten in Hessen

Ende des Treffens gegen 16.30 Uhr.

- - -

Anmeldungen werden erbeten bis 31.3.1982 an den Bund der Religiösen Sozialisten, Regionalgruppe Darmstadt, c/o W.-E. Failing, Rathausstraße 7, 6100 Darmstadt.

### LESERBRIEF

Über die Ausführung zur Startbahn West in der Nummer 4/81 bin ich bestürzt. Ich kann die Lieblosigkeit, mit der man den Genossen Holger Börner behandelt, nicht verstehen.

"Ein 'Landesfürst'", schreibt man, "schreibt vor, wie sich Theologie zu definieren hat." Dabei kapriziert man sich auf das Wort "Regionaltheologie", womit Holger Börner doch nichts anderes sagen wollte, als daß man Probleme von überregionaler Bedeutung nicht nur regional sehen darf. Den entscheidenden Satz "Ein Christ kann guten Gewissens sowohl für als auch gegen die Startbahn sein", hat man übersehen. Das ist doch das genaue Gegenteil von "vorschreiben".

Die Eheleute Dannemann haben recht, wenn sie schreiben, daß jeder Eingriff in die für den Menschen lebenssichernden Naturabläufe daraufhin überprüft werden muß, ob er wirklich lebensnotwendig ist. Dabei gehen

sie davon aus, daß ihr Standpunkt unumstößlich richtig ist, und behaupten, daß die hessische Landesregierung doch wohl nicht behaupten wolle, der Bau der Startbahn sei lebensnotwendig. Darin steckt der Vorwurf, die Landesregierung sei ohne zureichenden Grund, aus reiner Rechthaberei und "um ihr Gesicht zu wahren", für die Startbahn. Eine böse Unterstellung!

Ich gehöre zu denen, die die Startbahn für lebensnotwendig halten, ohne deswegen außer acht zu lassen, daß alles getan werden muß, um die ökologischen Schäden so gering wie möglich zu halten. Ich kann nur einiges andeuten. Nach meiner Erkenntnis hat der Frankfurter Flughafen nicht nur regionale Bedeutung, sondern sein Funktionieren ist entscheidend für den Personen- und den Warenverkehr unseres gesamten Landes. Das heißt, unsere Ausfuhr hängt in nicht geringem Maße von seiner Kapazität ab. Ohne eine beachtliche Ausfuhr wären wir aber nicht in der Lage, einen Großteil unserer Menschen zu beschäftigen. Dauernde und steigende Arbeitslosigkeit könnte für uns noch einmal zum Verhängnis werden. Daß Hitler die Macht usurpieren konnte, hat sicherlich viele Gründe. Aber ich bin der Überzeugung, es wäre ihm nie gelungen, wenn nicht eine Massenarbeitslosigkeit bestanden hätte. Ich bin immer wieder erstaunt, wie von vielen mit leichter Hand das Argument in bezug auf Arbeitsplatzhaltung und Arbeitsplatzbeschaffung beseite geschoben wird.

Nun kann ich es durchaus verstehen, wenn Menschen glauben, zu einem anderen Ergebnis kommen zu müssen. Unerträglich aber finde ich es, wenn sie jeden, der nicht ihre Beurteilung teilen kann, als böswillig abqualifizieren. Welch eine Selbstgerechtigkeit steckt in dem Satz, man habe nicht mehr die Hoffnung, den Ministerpräsidenten durch "christliche Argumente" zu einem Verzicht auf den Bau der Startbahn bewegen zu können! Als wenn die Sorge um die Menschen und die Bewahrung und Beschaffung von Arbeitsplätzen keine christlichen Argumente seien! Daß man beim Abwägen von Argumenten zu verschiedenen Ergebnissen kommen kann, sollte doch gerade ein Christ anerkennen. Holger Börner jedenfalls hat es getan, wenn er anerkennt, daß ein Christ guten Gewissens sowohl für als auch gegen die Startbahn sein kann.

Daß von den verfassungsmäßigen Organen des Staates nach bestem Wissen und Gewissen entschieden werden muß, entspricht demokratischem Recht. Es ist erstaunlich und bedenklich, wenn die Redaktion von CuS von "formaler Verkürzung des Politischen" spricht, indem sie die nur durch den Staat legitimierten Maßnahmen (durch wen sonst?) und ihre "rechtmäßige Durchsetzung" dadurch kennzeichnet, daß sie rechtmäßig in Anführungszeichen setzt. Wer so denkt, kommt leicht dazu, von "repressiven" Maßnahmen des Staates zu sprechen (und rechtswidriges Verhalten als rechtmäßig zu erklären). Ist man sich nicht darüber im klaren, welche Folgen es haben muß, wenn man jedem das Recht zum Widerstand zubilligt, der - wenn auch noch so guten Glaubens - meint, gegen ordnungsgemäß zustande gekommene Entscheidungen mit Gewalt angehen zu dürfen? Wenn jede Minderheit Maßnahmen öffent-

licher und legitimer Organe verhindern kann, machen wir den Staat handlungsunfähig und treiben - ob wir es wollen oder nicht - der Anarchie zu. Das ist das Gegenteil von demokratisch.

Daß sozialdemokratische Politik dadurch völlig unglaubwürdig würde, daß die Regierung das angestrebte Volksbegehren für unvereinbar erklärt mit der Verfassung eines demokratischen Landes, ist mir völlig unerfindlich. In vielen Landesverfassungen ist ein Volksbegehren überhaupt nicht und im Grundgesetz ist ein Volksentscheid nur für einen bestimmten Fall vorgesehen. Das geschah aus wohlerwogenen Gründen, die auf Erfahrungen in der Vergangenheit zurückgehen. Ob das Volksbegehren in Hessen zulässig ist, ist doch nicht eine Frage des guten oder bösen Willens der Landesregierung, sondern ist nach dem Gesetz zu entscheiden. Die Landesregierung ist davon überzeugt, daß der Durchführung des Volksbegehrens gesetzliche Hindernisse entgegenstehen. Sie hat deshalb das nach dem Gesetz Gebotene getan: sie hat das Volksbegehren dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung über die Zulässigkeit des Volksentscheids vorgelegt. Wo liegt denn da das unglaubwürdige Verhalten zum Schaden einer sozialdemokratischen Politik?

Bitte, liebe Genossen, nehmt diesen Brief zum Ausdruck der Sorge eines bald Achtzigjährigen, der sich bemüht hat, beim Aufbau eines demokratischen und freiheitlichen Staates mitzuhelfen, und der auch noch helfen möchte, zu verhindern, daß die nach uns Kommenden noch einmal das erleben müssen, was wir erlebt haben.

Ludwig Metzger  
Oberbürgermeister und  
Staatsminister a. D., Darmstadt

# Paßt in einen Umschlag mit Fenster

.....  
Hiermit bitte ich um Zusage

- eines Probeheftes des Bundesorgans "CHRIST UND SOZIALIST"
- der Broschüre "DER BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V. - Informationen zur Geschichte, zur gegenwärtigen Situation und zur Organisation (bitte DM 1,50 in Briefmarken beilegen) einer Kontaktschrift
- Hiermit abonniere ich "CHRIST UND SOZIALIST" ab .....
- Ich beantrage hiermit die Mitgliedschaft im BUND DER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN DEUTSCHLANDS e.V.

Name und Anschrift: .....

An: Jürgen Finne  
Jakob-Kaiser-Str. 4 a

4800 Bielefeld 1

(Ort)

## **Autoren dieses Heftes**

- Ursula Bories, Krankenschwester, Döldisser Bruch 18, 4811 Leopoldshöhe  
Ulrich Dannemann, Dr. theol., ev. Pfarrer, Europaring 2, 6080 Groß-Gerau.  
(Siehe CuS 4/1981, 4/1980, 4/1979, 4/1978, 3/1977).
- Jürgen Finnern, ev. Studentenpfarrer, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1,  
(Siehe CuS 3/1981, 1/1980, 3/1979, 2/1979, 1/1979, 1/1978).
- Detlef Hensche, Dr. jur., Mitglied des Hauptvorstands der Industriegewerkschaft  
Druck und Papier, Friedrichstraße 15, 7000 Stuttgart 1.  
(Siehe CuS 1/1978).
- Marie Hirsch, Dr. rer. pol., Liliencronstraße 14, 1000 Berlin 41.  
(Siehe CuS 3/1980, 4/1978).
- Siegfried Katterle, Dr. rer. pol., Professor für Volkswirtschaftslehre (Wirtschafts-  
politik), Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14.  
(Siehe CuS 1/1981, 3/1980, 2/1980, 1/1980, 4/1979, 1/1979,  
3/1978, 4/1977, 1/1977).
- Heinz Röhr, Dr. theol., Professor für ev. Theologie, Winterbachstraße 30,  
6000 Frankfurt/M. 1.  
(Siehe CuS 4/1981, 1/1981, 4/1980, 1/1980, 4/1977).

